

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2018



Meinungsfreiheit „schlechthin konstitutiv“

Gefährliche Briefmarken

Bautzen-Forum

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Härtefallfonds
Frauentag
Zeugnisse des DDR-Alltags
Vorstudie zu Zwangsadoptionen
Fluchttunnel entdeckt
Kommentar

Recht

- 4 Meinungsfreiheit „schlechthin konstitutiv“

International

- 5 Happening zur Erinnerung
Kommunist soll Polizei kontrollieren
Kubanischer Geheimdienst schlägt Proteste nieder
Gemeinsam für die Freiheit

Thema

- 6 Der Fußballplatz von Suchobeswodnoje – Teil 2

Geschichte

- 9 Gefährliche Briefmarken

Berichte

- 10 Erbarmungslos
- 11 Spätfolgen von DDR-Staatsdoping
Gratulation für Ben Wagin
- 12 Neue Sammlungsräume in Sachsenhausen
Zersetzung – eine Ausstellung

Verbände

- 13 „Überholen ohne einzuholen“
Todesfälle sollen untersucht werden
- 14 Gedenken in Fünfeichen
Einladung nach Ketschendorf
- 15 Lern- und Erinnerungsort Keibelstraße
Suchanzeige
Spendenaufruf
- 16 19. Chemnitzer Museumsnacht
Bautzen-Treffen 2018
Gewalt gegen Minderjährige
Abschied

Service/Bücher

- 17 Verletzte Menschenwürde
Über die Kolyma
- 18 Das sowjetische Jahrhundert
Die Verfolgung von Jehovas Zeugen
Buchtip
- 19 Die Schwarzenberg-Legende

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Umschlagbild: Das Parlament der Bäume (auch Parlament der Bäume gegen Krieg und Gewalt) ist ein am 9. November 1990 von Aktionskünstler Ben Wagin in Berlin am Spreeufer eingerichteter Gedenkort für die Todesopfer an der Berliner Mauer (s. auch S. 11).

Foto: Blunt

Editorial

Weiter so?

Von Horst Schüler

Wir könnten doch unsere Tage wirklich ruhiger verbringen, hat meine Frau jüngst gesagt: Morgens keine Zeitung mehr lesen, Radio und Fernsehen auf AUS, sobald Nachrichten oder Berichte vom Zeitgeschehen gesendet werden. Und strenge Null-Beachtung den Besserwissern in den Talk-Runden. Prima Vorschlag, würde uns vor dem Irrsinn verschonen, der uns täglich serviert wird. Geht aber nicht, weil vor solcher Ignoranz unsere Vorstellungen von einer demokratischen Gesellschaft stehen, die besonders wir ehemaligen politischen Häftlinge nun mal felsenfest in uns verankert haben. Und die oft so ganz anders sind als das, was Politik und Medien uns weismachen wollen. Kann man das einfach so hinnehmen? So mit Augen und Ohren zu? Nein. Uns bleibt zwar kaum mehr als Widerspruch, den aber wollen wir schon gern loswerden.

Da ist zum Beispiel die Bundeswehr. Seit Jahren unter dem Kommando der Frau von der Leyen. Die hat dafür gesorgt, daß sie Kindergärten bekommt und ihre Kasernen andere Namen, aber ansonsten fehlt es an allem, was eine Armee braucht: Waffen, Flugzeuge, Schiffe, vor allem aber auch an Ansehen in der Gesellschaft. Unsere Soldaten dürfen zwar in Krisengebieten ihr Leben einsetzen, auf unseren Straßen aber lassen sie sich besser nicht in Uniform sehen. Verdruß herrscht seit langem in der Bundeswehr. Das alles jedoch hinderte weder die Kanzlerin noch die CDU daran, das Verteidigungsministerium in der gerade gebildeten neuen Regierung wieder Frau von der Leyen anzuvertrauen.

Also: Weiter so! Obwohl die „GroKo“ ja unter einem anderen Leitmotiv stehen wollte. Sie wird sich weiter rühmen, einen der reichsten Staaten der Welt zu führen, obgleich es in diesem Land an allen Ecken und Enden fehlt. Etwa an Pflegepersonal in den Krankenhäusern und Kliniken. Etwa an Polizisten in den Städten. Etwa

an Lehrkräften in den Schulen. Etwa an Richtern und Staatsanwälten in den Justizorganen. Etwa an Lehrlingen in den handwerklichen Berufen. Etwa an den Möglichkeiten, überall die moderne Internet-Technik nutzen zu können. Dafür leisten wir uns bald dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch einen zweiten Regierungssitz in Bonn. Und derweil die Altersarmut zunimmt, derweil 350 000 Senioren auf Lebensmittel aus den über 100 Tafeln angewiesen sind, rühmen wir uns eines sozialen Willkommens gegenüber Flüchtlingen, wie es das in kaum einem anderen Land gibt. Was den mit vielen Preisen geehrten Schriftsteller Uwe Tellkamp („Der Turm“) bei einer Diskussion in Dresden sagen ließ: „Die meisten fliehen nicht vor Krieg und Verfolgung, sondern sie kommen her, um in die Sozialsysteme einzuwandern.“ Umgehend hat sich der Suhrkamp-Verlag von Tellkamp distanziert, denn von Meinungsfreiheit reden und sie auch ausüben, das sind halt zwei sehr unterschiedliche Dinge.

Na ja, neben dem täglichen Ärger, dem wir ausgesetzt sind, gibt es hierzulande auch komischen Irrsinn. Da will eine Dame unsere Hymne „weiblicher“ umdichten. Eine andere klagt gerichtlich, weil geschäftliche Werbung sich nur an „Kunden“ richtet und nicht auch an „Kundinnen“. Den Berliner Filmpreis bekommt eine rumänische Sex-Dokumentation, bei deren Aufführung das Publikum in Scharen flüchtete. Bei einer Modenschau wird der Raum als Operationsaal dekoriert, demzufolge die Modelle mit einem Kopf im Arm über den Laufsteg schreiten. Und dann schließlich das noch. Eine Gruppe von Wissenschaftlern wird zwei Jahre lang dafür finanziert, die angeblich besondere Sprache im NS-Staat zu studieren.

Manchmal wäre es tatsächlich besser, Augen und Ohren bedeckt zu halten.

Härtefallfonds

(cs) Die Thüringer Landesregierung wird sich für die „Errichtung eines Fonds für soziale Härtefälle und bisher nicht berücksichtigte Gruppen von Opfern des SED-Unrechts“ einsetzen.

Darüber informierte jetzt Staatssekretärin Dr. Babette Winter, Vorsitzende der Interministeriellen Arbeitsgruppe zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen (IMAG-Aufarbeitung), bei der Vorstellung des aktuellen Arbeitsberichts.

Dazu soll mit den anderen Ost-Bundesländern und dem Bund eine Einigung erzielt werden, die es ermöglicht, einen Teil des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR (PMO) für die Ausstattung des Härtefallfonds zu verwenden.

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. mit der Anregung an die Ministerpräsidenten gewandt, dem Brandenburger Beispiel zu folgen und einen Härtefallfonds einzurichten. Darüber hinaus äußerte die UOKG kürzlich gegenüber den Ländern, daß sich ein aus PMO-Mitteln gespeister Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeit politischer Häftlinge anböte. 

Frauentag

Der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Dieter Dombrowski, hat anläßlich des Internationalen Frauentages besonders an die Frauen erinnert, die von SED-Unrecht betroffen waren. Er sagte:

„Am heutigen Internationalen Frauentag möchte ich besonders auf die vielen

Frauen aufmerksam machen, die unter der DDR-Diktatur leiden mußten. Das fängt an mit den Zehntausenden politisch inhaftierten Frauen, insbesondere im DDR-Frauengefängnis Hoheneck, bis hin zu den Müttern, deren Kinder in der DDR zur Zwangsadoption freigegeben worden sind und die noch heute nach ihren Kindern suchen.“ 

Zeugnisse des DDR-Alltags

(bsta) Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beteiligt sich mit 200 000 Euro an der Sicherung des Bildbestandes von Harald Hauswald. Mehr als 230 000 Aufnahmen des bekannten DDR-Fotografen digitalisiert der Ostkreuz-Verein für Fotografie.

Bis 2020 werden mehr als 6000 Aufnahmen Hauswalds über das Bildarchiv der Bundesstiftung Aufarbeitung kostenlos für die Bildungsarbeit bereitgestellt. 

Vorstudie zu Zwangsadoptionen

(rmv) Im Auftrag von Iris Gleicke (SPD), der kürzlich aus dem Amt geschiedenen Ostbeauftragten der Bundesregierung, hat das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZFF) eine Vorstudie über die Dimension und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit von politisch motivierten Adoptionen in der DDR von 1966 bis 1990 vorgelegt. Das Thema sei zwar lange bekannt, aber bisher nur punktuell erforscht, sagte Gleicke. Dies liege auch daran, daß die Aufarbeitung dieses Kapitels der DDR-Geschichte nicht zuletzt aus Datenschutzgründen schwierig sei und bislang vorrangig „in unterschiedlicher Qualität“ in den Medien sowie durch die Tätigkeit von Betroffenen- und Opferverbänden

erfolgte. Eine grundlegende wissenschaftliche Untersuchung fehlt bis heute.

Die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Folgen der kommunistischen Diktatur haben sich ebenfalls für eine umfassende Weiterarbeit an dieser Thematik ausgesprochen. „Elementar wichtig und notwendig“ sei eine vorurteilsfreie wissenschaftliche Erforschung der Praxis von Kindesentziehungen und Adoptionen in der DDR. 

Fluchttunnel im Mauerpark entdeckt

(bw) Im Berliner Mauerpark soll eine Gedenk- bzw. Informationsstätte „Fluchttunnel“ eingerichtet werden, um an ein spezielles Kapitel der Teilung Berlins zu erinnern. Das Beschloß die Pankower Bezirksverordnetenversammlung auf Antrag der CDU-Fraktion. Wiederentdeckt wurde der Fluchttunnel im heutigen Mauerpark vor einigen Wochen. Die Berliner Wasserbetriebe bereiten im Bereich Bernauer und Schwedter Straße gerade den Bau eines unterirdischen Stauraumkanals vor.

Bei diesen Arbeiten stießen Bauleute auf die Reste eines alten Bahnschuppens. In dessen Grundfläche identifizierte ein Archäologe einen zugeschütteten Tunnel. Ein Zeitzeuge berichtete ihm schließlich, daß der Tunnel ab März 1963 angelegt wurde, um Ostberlinern die Flucht in den Westen zu ermöglichen.

Der Tunnel sollte etwa 80 Meter lang werden. Die Fluchthelfer aus dem Westen kamen bis zum Keller der Oderberger Straße 31. Allerdings wurde der Fluchtplan an die Staatssicherheit veratet. Diese schüttete daraufhin den Tunnel zu. 

Kommentar

Die Stadt Trier und der Karl-Marx-Wahn 2018

Mehrfach wurde im Vorfeld der „Karl-Marx-Feiern“ Trier schon über diese absonderlichen Ehrungen, mit einem riesigen „Marx-Götzen“ als Geschenk der Kommunistischen Partei Chinas, berichtet. Nun scheinen die Kommunalpolitiker in die Abteilung Polit-Klamauk gewechselt zu sein, denn am 20. März meldete die „Rathaus Zeitung“, daß Oberbürgermeister Wolfram Leibe die erste Fußgängerampel auf „Karl-Marx-Ampelmännchen“ umgestellt hat, direkt neben dem „Marx-Götzen“. Eine weitere Ampel soll am „Karl-Marx-Haus“ folgen. Leibe sagte: „Das ist ein schönes Symbol und Trier zeigt damit Flagge für Marx.“

Es bleibt die Frage, ob die Stadtpolitiker von Trier sich jemals mit den Verbrechen des Marxismus-Kommunismus beschäftigt haben – über 100 Millionen Menschen wurden ermordet – und ob sie sich vorstellen können, wie so ein Symbol auf die Verfolgten dieser Ideologie wirkt. Es ist nicht nur geschmacklos, es ist auch eine Beleidigung aller Verfolgten des Marxismus-Kommunismus. Schämen Sie sich, Herr Leibe, falls Sie das noch können.

Anton Odenthal

Meinungsfreiheit „schlechthin konstitutiv“

Bundesverfassungsgericht hebt Urteil gegen Ex-Stasi-Mitarbeiter auf

Der ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Wolfgang Schmidt verunglimpft einen Widerstandskämpfer der DDR mehr als 50 Jahre nach dessen Hinrichtung. Erst wird er für seine Worte verurteilt, doch dann hebt das Bundesverfassungsgericht die Verurteilung auf. Neues Unrecht oder konsequente Anwendung der Meinungsfreiheit?

Konkret ging es um folgendes: Der DDR-Widerstandskämpfer Johann Burianek wurde 1952 vom Obersten Gericht der DDR unter Vorsitz der späteren DDR-Justizministerin Hilde Benjamin zum Tode verurteilt und am 2. August 1952 hingerichtet. Die Burianek in diesem Urteil vorgeworfenen Tathandlungen waren u.a. „Boykotthetze“, Werksspionage im Dienste der KGU (Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit), versuchtes Attentat mit einem Brandsatz und ein geplanter Sprengstoffanschlag auf eine Eisenbahnbrücke. Das im Rahmen eines Schauprozesses verkündete Urteil erklärte das Landgericht Berlin im September 2005 für rechtsstaatswidrig und hob es auf. Damit wurde Burianek posthum rehabilitiert.

Im Monat darauf veröffentlichte Wolfgang Schmidt auf seiner Internetseite www.mfs-insider.de einen Beitrag über die Rehabilitierung Burianeks. Darin beschrieb er die Aufhebung des Urteils als „Legalisierung des Terrors gegen die DDR“ durch die Bundesrepublik Deutschland und bezeichnete Burianek als Anführer einer terroristischen Vereinigung und als KGU-Banditen. Daraufhin erstattete Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Anzeige. Das Amtsgericht Tiergarten sprach Schmidt am 27. September 2012 wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189 StGB) schuldig und verhängte eine Geldstrafe.

Nach dem erfolglosen Marsch durch alle Instanzen (Berufung vor dem LG Berlin, Revision vor dem Kammergericht Berlin) erhob Schmidt schließlich Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht. Die dritte Kammer des Ersten Senats sah den Beschwerdeführer Schmidt durch die angegriffenen Entscheidungen der Instanzgerichte in seinem Grundrecht auf Meinungsfreiheit

aus Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG verletzt und hob die Urteile gegen Schmidt auf.

Die Strafgerichte haben nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts den politischen Kontext bei der Deutung der Äußerungen nicht hinreichend berücksichtigt und das entgegenstehende Persönlichkeitsrecht des Verstorbenen Burianek falsch gewichtet. Dem Beschwerdeführer sei es nicht in erster Linie darum gegangen, den Hingerichteten zu verunglimpfen und sein Verhalten mit einem Makel zu versehen. Primäres Ziel Schmidts sei gewesen, den Umgang der Bundesrepublik mit der DDR-Vergangenheit als politisch voreingenommen und doppelbödig zu kritisieren. Schmidt sei es im wesentlichen darum gegangen kundzutun, daß die DDR ein legitimes Interesse an der Verfolgung dieser Taten gehabt habe, weshalb man den Verurteilten nicht nachträglich durch die Rehabilitierungsentscheidung als Held ehren dürfe. Eine solche Äußerung sei von der Meinungsfreiheit grundsätzlich gedeckt. Dabei spiele es keine Rolle, ob diese Sichtweise sachlich in irgendeiner Weise vertretbar oder ob sie von vornherein unberechtigt sei. Der Schutz des postmortalen Persönlichkeitsrechts Burianeks trete demgegenüber zurück. Dieses Recht schütze einen fortwirkenden Geltungsanspruch der Person, ziele aber nicht auf eine ausgewogene politische Bewertung historischer Handlungen. Zu berücksichtigen sei, daß Burianek durch die Herabsetzung nur noch als historische Person betroffen sei und daß seine Schutzbedürftigkeit in dem Maße schwinde, in dem die Erinnerung an ihn verblasse. Aus den Urteilen ergebe sich nicht, inwieweit Burianek im Gedächtnis der Öffentlichkeit oder von Angehörigen noch als individualisierte Person präsent sei, um daraus einen besonders gewichtigen Geltungsanspruch abzuleiten. Die gesamte Entscheidung läßt sich auf www.bundesverfassungsgericht.de nachlesen (-BvR 2465/13-).

Schmidt kann nun mit einem Freispruch rechnen. Die Meinungsfreiheit kennt natürlich auch Grenzen. Man darf z.B. nicht ohne weiteres jemanden beleidigen oder zu Straftaten aufrufen. Da die Meinungsfreiheit aber ein sehr hohes Gut ist – das Bundesverfassungsgericht bezeichnet sie als „schlechthin kon-



Johann Burianek am 23. Mai 1952 auf der Anklagebank in Ostberlin.

stitutiv“ für die Demokratie – bedarf es eines besonders schwerwiegenden Grundes und einer genauen Prüfung, um sie einzuschränken. Die Gerichte müssen jeden Einzelfall genau unter die Lupe nehmen. Im Fall Schmidt wurde das aus Sicht der Verfassungsrichter nicht im ausreichenden Maße getan. Es mag ungerecht erscheinen, daß ein ehemaliger Stasioffizier von dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit profitiert. Jemand, der für das Funktionieren eines Unrechtsregimes aktiv dazu beigetragen hat, die freie Meinung zu unterbinden. Denn wie war es in der DDR um die Meinungsfreiheit bestellt? Auf dem Papier gab es sie. Aber wer auch nur einen politischen Witz oder eine kritische Bemerkung über die Regierung machte, konnte wegen „staatsfeindlicher Hetze“ für lange Zeit ins Gefängnis kommen.

Daß sich der Ex-Stasimann zur Verteidigung eines Unrechtssystems der Instrumente des Rechtsstaates bedient, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Denn die Hüter der Verfassung haben in ihrer Entscheidung das Todesurteil gegen Burianek als grob rechtsstaatswidrig und unangemessen hart anerkannt. Was Schmidt zur Aufhebung der Urteile verhalf, ist die Tatsache, daß das Grundgesetz nicht nur Meinungen schützt, die wertvoll und durchdacht sind, sondern auch dumme, bösartige und unsinnige Ansichten vom Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG erfaßt sind.

Happening zur Erinnerung an kommunistische Verbrechen

(cz-radio) Am 25. Februar 1948 ergriffen die Kommunisten die Macht in der damaligen Tschechoslowakei. Einundvierzig Jahre lang dauerte die Einparteiherrschaft, bis im November 1989 das Regime zusammenbrach. Bürgeraktivisten haben nun mit einem Happening in Prag an die Verbrechen des Kommunismus erinnert.

Am 21. Februar 2018 versammelten sich vor dem Sitz der Kommunistischen Partei Tschechiens im Prager Stadtzentrum Aktivisten der Plattform „Bez kommunistů.cz“, einem Zusammenschluß mehrerer Bürgerinitiativen. Auf einem kleinen Tisch stellten die Versammelten

ein Waschbecken mit Wasser auf, daneben legten sie einen Hammer und eine Sichel sowie zwei Hände aus Kunststoff, die mit roter Farbe beschmiert waren. Petr Marek von der Plattform: „Mit dem Happening erinnern wir daran, daß während der 40 Jahre dauernden kommunistischen Diktatur Verbrechen begangen wurden, die bis heute nicht bestraft wurden. Das Blut klebt symbolisch weiter an den Händen. Fast 30 Jahre nach der Wende sind die Kommunisten immer noch im Parlament vertreten. Wir haben 1990 nicht die Möglichkeit genutzt, die kommunistische Vergangenheit zu bewältigen. Die Kommunistische Partei schämt sich nicht, im

Gegenteil, sie bekennt sich sogar zu ihrer Vergangenheit und zum totalitären Regime.“

Laut Petr Marek haben mehrere tausend Opfer der kommunistischen Herrschaft immer noch keine Gerechtigkeit erfahren. Dies sei der Ausdruck mangelnden Respekts gegenüber jenen, die gelitten hätten: „Zu den Opfern gehören Helden wie die tschechoslowakischen Piloten, die während des Zweiten Weltkrieges bei der britischen Royal Air Force gekämpft hatten. Aber auch die Kinder von politischen Gefangenen, die kurz nach der Geburt im Gefängnis starben, sind Opfer. Wir setzen uns dafür ein, daß dieses Thema erforscht wird. In einer Gesellschaft, in der keine Gerechtigkeit hergestellt worden ist, werden Werte relativiert. Dies ist auch eine Ursache vieler Probleme, die wir heute haben.“

Kommunist soll Polizei kontrollieren

(eo) Trotz Kritik von Bürgerrechtlern und konservativen Parteien ist in Tschechien erstmals ein Kommunist (KSCM) zum Vorsitzenden des wichtigen Parlamentsausschusses für die Kontrolle über die Polizei gewählt worden. Der 48jährige Zdenek Ondracek erhielt am 2. März in geheimer Wahl 79 Stimmen und damit eine mehr als nötig. Ondracek war Anfang 1989 nach Angaben der Agentur CTK als Mitglied der Bereitschaftspolizei an der Nieder-

schlagung einer friedlichen Demonstration gegen die kommunistische Herrschaft in der damaligen ČSSR beteiligt gewesen. „Die kommunistische Partei hat Blut an den Händen“, kritisierte der Abgeordnete Jan Bartosek von den Christdemokraten (KDU-CSL). Es habe vor der demokratischen Wende ein Regime geherrscht, in dem gespitzt und denunziert worden sei. Menschenleben seien zerstört worden. Wer für die Unterdrückung der De-

mokratie stehe, dürfe nicht auf Spitzenposten im Staat gewählt werden.

Tschechische Medien veröffentlichten ein Interview Ondraceks mit dem tschechoslowakischen Staatsfernsehen aus dem Jahr 1989. Darin hatte dieser das brutale Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten verteidigt: „Ich bin überzeugt, daß ohne den Einsatz der Bereitschaftsstaffel (...) die Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe im Zentrum Prags nicht möglich gewesen wäre.“

Kubanischer Geheimdienst schlägt Proteste nieder

(igfm) Kubanische Sicherheitskräfte sind gewaltsam gegen friedlich demonstrierende Bürger vorgegangen, die gegen die unhaltbaren Zustände in Altenpflegeeinrichtungen des Landes demonstrierten. Die Proteste fanden am 15. März in der Landeshauptstadt Havanna statt. Die Demonstranten beklagten die Zustände in öffentlichen Versorgungseinrichtungen, in denen es häufig an Nahrung, Hygiene und

medizinischer Grundversorgung mangelt. In den staatlich kontrollierten Medien wird über diese Mißstände nicht berichtet.

„Die seit Jahrzehnten allein regierende kommunistische Partei behauptet, sie würde eine staatliche Rundumversorgung bieten. Die Diskrepanz zur Realität könnte nicht größer sein“, erklärte Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der Inter-

nationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Der Bürgerrechtler Hugo Damián Prieto Blanco wird seit den Verhaftungen vom 15. März gefangen gehalten. Die IGFM forderte seine sofortige Freilassung und kritisierte, daß in Kuba weiterhin friedliche Proteste gegen soziale Mißstände mit brutaler Gewalt erstickt werden.

Gemeinsam für die Freiheit

(maba) Auf einer Festveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung Bratislava, die am 25. März an den 30. Jahrestag der sogenannten Kerzenmanifestation erinnerte, sprachen auch der slowakische Staatspräsident Andrej Kiska und Bundespräsident a.D. Joachim Gauck. Die Manifestation war die erste Demonstration für Bürgerrechte und Religionsfreiheit und gegen den Kommunismus in der damaligen ČSSR.

Die Festveranstaltung stand unter dem Motto „Spolu za Slobodu“ (Gemeinsam für die Freiheit). Joachim Gauck sagte mit Blick auf die vielen anwesenden jungen Menschen, es gebe eine tiefe Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie.

Freiheit bedeute Freiheit von etwas und auch zu etwas, man müsse Verantwortung übernehmen. Er gratulierte der slo-

wakischen Gesellschaft zu ihrem bürgerschaftlichen Engagement in der aktuellen politischen Entwicklung.

Andrej Kiska erinnerte daran, daß es vor 30 Jahren um die Frage ging, wie Demokratie zu erreichen sei. Damals zeigten die Menschen, daß sie keine Angst vor Verfolgung hatten. Die Frage heute aber laute, wie mit der Freiheit umgegangen werde und ob die Freiheit mit Verantwortung verbunden sei.

Der Fußballplatz in Suchobeswodnoje

Monographie eines Erinnerungsfotos

Von Wilhelm K.H. Schmidt – Teil 2



Fußballplatz in Suchobeswodnoje – im Sommer...

In Suchobeswodnoje gab es für jede Sektion der Baracken das SED-Blatt Neues Deutschland und die Tägliche Rundschau, offizielles Organ der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland – die ersten Zeitungen aus Deutschland seit der Verhaftung. Die Häftlinge hatten jedoch mehr „Vertrauen“ zur Prawda, dem Organ der KPdSU und zur Isvestija, dem Regierungsorgan, die in geringer Zahl verteilt wurden – die wichtigste Informationsquelle für die Strafgefangenen seit der Ankunft in Workuta. Eine besondere Vergünstigung war, daß aus jeder Baracke eine Person am einzigen Lautsprecher auf dem Appellplatz die Spätnachrichten von 22.30 bis 23.00 Uhr hören durfte, denn die Zeitungen kamen mit ziemlicher Verzögerung.

Roland Bude bemerkte dazu: „Durch Radio Moskau hatten wir auch alle Nachrichten, soweit sie nach Zensur zugänglich waren, verfolgt. Daher wußten wir, daß die UdSSR mit einer Note vom 7. Juni der Bundesregierung Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer und Handelsbeziehungen und ‚die damit zusammenhängenden Fragen‘ angeboten hatte. Wir hofften natürlich, daß Adenauer nach Moskau kommen würde und daß dabei auch über unser Schicksal in unserem Sinne verhandelt werden würde. Sollte es endlich Wirklichkeit werden, nach Hause zu kommen?“

Und immer wieder die Frage: Warum erst jetzt? Die politische Situation in der Sowjetunion war doch heute nicht anders als nach Stalins Tod im März 1953, als durch die neue Führung eine politische Tauwetterperiode eingeläutet wurde. [s.a. Gustav Heinemann, Das Rote Kreuz im Spannungsfeld des Kalten Krieges,

Frankf. Hefte, Febr. 1964] Erst nach ihrer Heimkehr sollten sie erfahren, daß sich in der Bundesrepublik Kriegsopferverbände, aber auch westdeutsche Persönlichkeiten wie der DRK-Präsident Weitz und Gustav Heinemann, damals Präses der Synode der evangelischen Kirche in Deutschland, bereits seit langem bemüht hatten, politische Schritte zur Rückholung der Gefangenen einzuleiten, aber an offiziellen Stellen gescheitert waren.

Die einhellige Meinung in Roland Budes Baracke 2 war: „Moskau will uns loswerden.“ Der Abbau der Kohle in den Bergwerken des hohen Nordens war in den vergangenen Jahren immer kostspieliger geworden. Die Flözstärke einiger Schächte in Workuta wurde von Jahr zu Jahr geringer, die Sicherheitsmaßnahmen, die Bewachung der Häftlinge durch russische Posten und die medizinische Betreuung und Versorgung der Häftlinge unter den extremen Witterungsbedingungen belasteten die Produktionskosten.

Die UdSSR hatte die Bundesregierung mit ihrer Einladung vom 7. Juni 1955 überrascht und in Zugzwang gebracht. Die Adenauerregierung konnte es sich innenpolitisch nicht erlauben, die Verhandlungen abzulehnen, da sie die Möglichkeit boten, mit der gegenseitigen diplomatischen Anerkennung die Lösung der Gefangenenfrage zu verbinden. [s.a. Joseph Foscchepoth, Adenauers Moskaureise 1955, Das Parlament, 1986, B. 22]

Fußball als Mittel zum Zweck

Die Moskauer Strategie beinhaltete ein weiteres Manöver. Das war die Vorbereitung und Durchführung eines Fuß-

ballfreundschaftsspiels mit dem (west-)deutschen Fußballweltmeister von 1954 im Vorfeld der geplanten Verhandlungen. [Eggers, Kneifl: „Wir sind die Eisbrecher von Adenauer gewesen...“, in: Sport-Zeiten, 2006, h. 1] Es ist anzunehmen, daß die sowjetische Führung damit ihre Landsleute auf die kommenden Kontakte mit der Bundesregierung einstimmen wollte, die bisher als unbelehrbare Kriegstreiber und „Hitler-Nachfolger“ an der Seite Amerikas nun plötzlich gleichberechtigte Verhandlungspartner werden sollten.

Insoweit wurde das Ziel erreicht. Der sympathische Auftritt beider Mannschaften und der Verlauf des Spieles relativierten sicherlich noch vorhandene Vorurteile auf beiden Seiten. [Th. Grimm, Hg.: „Der Kracher von Moskau“, bpb 2015]

In Baracke 2 sorgte die Nachricht über das angekündigte Fußball-Freundschaftsspiel für Aufregung und hitzige Debatten. Daß Fußballweltmeister Deutschland am 21. August 1955 im Moskauer Dynamo-Stadion vor 80 000 Zuschauern gegen die Auswahlmannschaft der Sowjetunion antreten würde, war für die Gefangenen völlig unverständlich, zumal die sowjetische Seite auch Funktionäre und Schlachtenbummler aus der DDR eingeladen hatte. An der Spitze der DDR-Delegation nahmen Staatspräsident Wilhelm Pieck und zehn Minister teil, die das Spiel von der Ehrentribüne aus verfolgten und insoweit das Spiel zu einem repräsentativen Auftritt in eigener Sache machen konnten.

Die Empörung war so echt wie bei den antikommunistischen Russen, wenn sie lesen mußten, daß Queen Elizabeth zu sowjetischen Staatsfeiertagen den Repräsentanten des Landes gratulierte, „wo diese Verbrecher ihren Großonkel umgebracht haben“! Aber die Gemüter beruhigten sich etwas angesichts der praktischen Probleme, die zu bewältigen waren.

Roland Bude erinnerte sich: „Wir wollten natürlich die Rundfunkübertragung des Fußballspiels hören – vor allem wegen des Deutschlandliedes. Dazu brauchten wir Elektrizität. Und die gab es nur ab Einbruch der Dunkelheit, aber gespielt wurde 1955 nur bei Tageslicht, nachmittags 15.30 Uhr – Flutlicht gab es noch nicht. Der Strom wurde durch eine mit Holz befeuerte Lokomobile erzeugt, die von den in einer Baracke – von uns abgetrennt – untergebrachten Kriminellen bedient wurde. Und die wollten natürlich am Sonntagnachmittag so ohne weiteres keine Zusatz-Schicht

schieben. So ließen sie sich das aus unseren Paketen ‚vergüten‘.

Unter uns Deutschen gab es heftige Diskussionen über die Frage, wie wir uns beim Abspielen der Nationalhymne der Sowjetunion verhalten sollten. Klar war, daß die Nationalhymne der Gäste zuerst gespielt würde. Wir hatten uns um den Lautsprecher auf den Boden gesetzt, und es war unstrittig, daß wir beim Deutschlandlied alle aufstehen und die Kopfbedeckung abnehmen würden. Aber was weiter, bei der Sowjethymne? Schließlich setzte sich die Meinung durch: ‚Wir provozieren die Russen nicht, bleiben in der eingenommenen Haltung bis zum letzten Ton stehen.‘ Wem das zu viel Ehre für unsere Peiniger war, kam eben erst nach Anpfiff auf den Appellplatz zum Lautsprecher. Das Spiel wurde holprig übertragen – mehrmals fiel der Strom aus, die Lokomobile ‚bockte‘. ‚So sind die, da schalten die ab!‘ – eine lange Pause ohne Ton folgte.

Erst wieder kurz vor Schluß krächzte der Lautsprecher, als es 3:2 für die Russen stand. Die ‚Hausherren‘ hatten gewonnen. Unsere Animositäten waren bestätigt worden, Wachpersonal und Administration standen ‚unbeschädigt‘ da – ohne Kränkung ihrer Ehre, was in der Folge sich positiv auf die Atmosphäre auswirkte.“

Suchobeswodnoje-Fotos

Edgar Strobel, Schornsteinfeger aus Mittweida, dessen Eltern fünfzehn Jahre auf ein Lebenszeichen von ihm warten mußten, suchte nach einer sinnvollen Beschäftigung im Waldlager. Er hatte beobachtet, daß ein russischer Feuerwehr-



Foto: Foto-Dobler, Meidenreith

Erstes Heimkehrerfoto von Karl Keller (l.) in Friedland. Er trägt noch seine Fußballschuhe.

hauptmann, der außerhalb des Lagers mit seiner Familie als Freier lebte, allabendlich seine Runden um das Lager machte, die Öfen in den Baracken kontrollierte, die Brandsicherheit der Lokomobile und die Arbeit des Heizers überprüfte. Strobel bot ihm an, in wechselnder Nachtschicht für ein bis anderthalb Stunden seine Kontrollgänge zu übernehmen. Das Angebot wurde gern angenommen, zumal Strobel als Schornsteinfeger bereits zu Hause in der Feuerwehr aktiv war. Allmählich entwickelte sich eine kollegiale Freundschaft zwischen den beiden. Nur kann sich Edgar Strobel nicht mehr an dessen Namen erinnern. Deshalb wird er hier als Posharnik, der Feuerwehrmann, bezeichnet.

Erinnerungsfotos waren häufiges Gesprächsthema. Da die Gefangenen keine Fotoapparate besitzen durften, bat ihn Edgar Strobel, alles, was in Erinnerung bleiben sollte, auf Fotos festzuhalten. Natürlich war auch der neuangelegte Fußballplatz ein lohnendes Fotoobjekt, aber ebenso Portraitfotos und Aufnahmen der Fußballmannschaften.

Strobel wurde von seinem russischen Kollegen mehrmals nach Hause eingeladen. Er durfte das Lagertor ohne Ausgangserlaubnis und begleitenden Wachschutz passieren. Schließlich wußten auch die Posten, daß die Entlassung der Sträflinge bevorstand und ein Fluchtversuch daher sinnlos gewesen wäre. In dieser Wildnis hatte man einige Familien, zu denen auch die Familie „Posharnik“ gehörte, angesiedelt, die sich aus behauenen Baumstämmen ein einfaches Haus gezimmert hatten. Sie hatten sich dazu ein Stück Land urbar gemacht, auf dem sie Kartoffeln, Tomaten und Weißkohl anbauten. Edgar Strobel erfreute die Familie bei seinen Besuchen mit kleinen Geschenken aus den immer noch regelmäßig eintreffenden Paketen aus der Bundesrepublik und revanchierte sich so für die Fotos. Als der Feuerwehrmann feststellte, daß seine Fotos bares Geld bringen, verkaufte er sie auch im Lager für fünf Rubel pro Stück. Auf diese Weise ist z.B. Karl Keller zu seinen Fotoabzügen gekommen.

In Suchobeswodnoje wurden die Gefangenen einige Monate wieder aufgepäpelt. Sie konnten sich die Haare wieder lang wachsen lassen und wurden mit nagelneuem Drillchzeug als Kriegsgefangene verkleidet, um zu Hause eine grundsätzlich gute Behandlung vorzutauschen: „Wenn wir nach Deutschland kommen, sollten schließlich keine kahlgeschorenen Hungergestalten in abgerissener Kleidung

ankommen“, sagten die Männer übereinstimmend.

Die Moskauer Verhandlungen

Roland Bude: „Die Einladung der Sowjetregierung an die Bundesregierung zu Verhandlungen und zur Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen, von der wir durch den Lagerlautsprecher erfuhren, weckte Hoffnungen. Allabendlich standen diejenigen, die genügend Russisch verstanden, mit allmählich wachsender Spannung am Lautsprecher auf dem Appellplatz und ließen die Erfolgsmeldungen aus der Produktion, die



Besuch Konrad Adenauers 1955 in Moskau: Ganz vorn Nikita Chruschtschow, links von ihm Bulganin, rechts von ihm Adenauer.

befohlenen Selbstverpflichtungen und Grußadressen an die Sowjetgrößen über sich ergehen, um dann die eine oder andere Meldung aus dem Westen, meist auch Lobeshymnen auf den Kommunismus oder Zustimmung zu außenpolitischen Aktivitäten der Sowjetunion, als Gute-Nacht-Gruß mitzunehmen.

Für die Wachsoldaten waren das Überstunden, denn um 22 Uhr war Zapfenstreich. Unser zunehmendes Interesse an den Nachrichten aus dem Lautsprecher führte dazu, daß ihre Arbeitszeit überschritten wurde. So kam es, daß sie sich ab und zu einen Spaß daraus machten, schon bei den letzten Sätzen der Nachrichtensendung ‚marsch do barakam‘, ‚Marsch in die Baracken‘, zu rufen und die Hunde an langer Leine oder ganz loszulassen. Die aber waren an unsere Ungefährlichkeit gewöhnt, hatten auch ihren Spaß und bissen nicht zu.

Aber dann, an einem Septemberabend, die Nachricht: ‚Eine Delegation der Deutschen Bundesrepublik mit Bundeskanzler Adenauer an der Spitze kommt zu Verhandlungen nach Moskau.‘ Und während wir uns untereinander vergewisserten – es kam auf jedes Wort an –, tönte es geradezu wohlwollend freundschaftlich: ‚Slysche-



li?’, ‚Habt ihr es gehört?’, ‚Adenauer prijedet v Moskwu’, ‚Adenauer kommt nach Moskau.’ und dann der Zusatz: ‚Er kommt auch euretwegen, sa wami, euch zu holen.’

Wir glaubten nicht daran. Offiziell verkündete die sowjetische Regierung, daß nur noch verurteilte deutsche Kriegsverbrecher in der Sowjetunion zurückgehalten werden. Hatte man uns ‚Politische’ nicht längst in der Heimat vergessen? Waren wir das Bauernopfer in irgendwelchen diplomatischen Spielen? Wußten die Posten mehr? Alle die Jahre hatten wir in den sowjetischen Zeitungen immer wieder lesen können, wie Japan und Italien vor der UNO und irgendwelchen Gremien nach dem Schicksal ihrer noch nicht zurückgekehrten und nicht schreibenden Kriegsgefangenen fragten. Jedes Mal waren diese Anfragen von den Sowjets empört als ‚üble Verleumdung’ zurückgewiesen worden.

Wir verfolgten die Verhandlungen in angespannter Aufregung. Die Berichte über Erklärungen ‚unserer’ Regierungsdelegation konnten wir kaum erwarten. Uns fielen Zentnerblöcke von der Seele, nicht nur ein Stein vom Herzen, als wir uns ziemlich sicher sein konnten, daß Bundeskanzler Adenauer mit Bestimmtheit von der Entlassung ‚derjenigen Deutschen’ gesprochen hatte, ‚die sich noch in sowjetischem Gewahrsam befinden’. Da mußten wir doch inbegriffen sein! Der Fortgang der Verhandlungen und das übrige sind Weltgeschichte.

Uns wurde offiziell mitgeteilt, wir seien amnestiert, begnadigt, seien freie Menschen und sollten uns bis zum Heimtransport als Gäste der Sowjetunion betrachten, könnten überall hingehen, uns frei bewegen.

Anläßlich unserer Begnadigung und unserer Entlassung in die Heimat wurde erwartet, daß unser Lager eine Dankadresse an die Sowjetführung verfasse, für die menschliche Behandlung danke und unsere

Absicht erkläre, in der Heimat positiv über die Sowjetunion zu berichten. Der Text war vorgegeben. Die Listen für die Unterschriften wurden im Speisesaal ausgelegt. Heinz Oppermann, unser Vertrauensmann, ging durch die Baracken und informierte über den Wunsch der Administration. Erregte Diskussionen folgten. Jahrelang bewährte Freundschaften zerbrachen an dem Für und Wider, begründet mit Angst bzw. Stolz. Nur wenige konnten sich überwinden und unterschrieben. Heinz Oppermann, den nichts aus seiner stoischen Ruhe bringen konnte, brachte dem Kommandanten das Ergebnis. Dieser, sonst eher umgänglich: ‚Willst du mich zum Narren halten?! In Moskau blamieren? Ich melde dorthin, daß alle, daß das Lager geschlossen die Aktion sabotiert hat’, und entließ unseren Sprecher mit den in solchen Fällen üblichen Kraftausdrücken.“

Roland Budes Transport ging am 8. Oktober 1955 ab. Kranke und Invaliden überwiegend in Personenwaggons, das Gros in sauberen Güterwaggons auf Pritschen mit einer Unterlage, die allerdings die harten Stöße kaum milderte, aber mit viel Platz und nur lockerer „Begleitung“. In einem Vorort von Moskau kamen sie morgens an, durften sich frei bewegen und konnten mit Einheimischen sprechen.

Fußballspielen als Beruf?

Als Karl Keller im Oktober 1955 aus Rußland zurückkam, war er 25. Er begann in Reutlingen als Mechaniker zu arbeiten und spielte nach Feierabend beim SSV Reutlingen 1905. Damals gab es noch keine Bundesliga. Es wurde in den Ländern um die Landesmeisterschaft gespielt und die Landesmeister spielten dann um die deutsche Meisterschaft. Viel Geld konnte man nicht damit verdienen. Da ging es in erster Linie noch um die Ehre, und der natürliche Ehrgeiz war die Motivation.

Als Kellers Mannschaft jedoch mit dem SSV Reutlingen im Kampf um die deutsche Meisterschaft das Spiel gegen Werder Bremen verlor, hat er seine Profifußballschuhe an den Nagel gehängt. „Wenn ich das jedoch heute bedenke, war das eine Fehlentscheidung. Damals war ich am richtigen Drücker. Es war die Zeit nach der Weltmeisterschaft 1954, die Deutschland international wieder nach all dem Elend des Krieges und der Nachkriegszeit zu Ansehen verholfen hat.

Was die deutsche Bundesrepublik als Wirtschaftswunderland bisher nicht erreicht hatte, schaffte der Fußball, indem der Meisterschaftstitel den Menschen verlorengangenes Selbstvertrauen zurückgab. Die Begeisterung erfaßte alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung ohne Rücksicht auf Zonengrenzen.

Und die Vorbehalte gegenüber Fußballern, die ja angeblich nichts in der Birne hatten und nur mit den Beinen das Geld verdienten, wurden auch allmählich abgebaut. Da hatten solche Leute wie ich die besten Chancen. Aber ich konzentrierte mich auf meinen Beruf als Mechaniker und spielte nur noch nach Feierabend bei meinem Verein, um mich fit zu halten.

Dann kam meine Frau ins Spiel. Die Schwestern meiner Frau waren inzwischen auch verhandelt. Und in den Augen ihrer Männer war ich als Ostdeutscher, der aus dem russischen Straflager gekommen war, von Anfang an suspekt. ‚Bei einer Strafe von 25 Jahren muß ja richtig was dahinter gewesen sein.’

Sie sprachen großmülig über ihre Heldentaten an der Westfront, obwohl sie den Arsch von den Amerikanern vollgeknegt hatten. Ich hatte keine Heldentaten zu berichten, sondern nur Erlebnisse, die sie nicht nachvollziehen konnten. Aber dadurch, daß ich durch den Fußball im Gegensatz zu ihnen schon ein bißchen Geld in den Fingern hatte, haben sie mich akzeptiert. Auf Antrag habe ich 1996 die Rehabilitierung für mich und meinen Vater aus Moskau erhalten. Aber zu diesem Zeitpunkt interessierte sich niemand mehr dafür.“

Kurz vor Abschluß dieser Aufzeichnungen erinnerte ich mich an Bodo Platts Broschüre „Jugendjahre im Gulag“. Dort entdeckte ich ein Foto mit ähnlichem Motiv. Ein Telefongespräch mit Bodo Platt brachte es an den Tag: Dieses Foto wurde nicht von Edgar Stobels Feuerwehrmann „Posharnik“ gemacht, sondern von einem jungen Sergeanten, der die Herstellung und den Verkauf der Fotos ebenfalls als Marktlücke erkannt hatte.

(Vom Autor sind u.a. die Publikationen „Verschworen. Verraten. Verfolgt. – Unangepaßtheit, Widerstand und Kollaboration in der Stalin-Ära Berlin-Brandenburg“, Verlag Bücherkammer Herzberg 2011, und „Abseits im Strafraum – Lageralltag in Todesnähe“, Universitätsverlag Leipzig 2013)



Quelle: Archiv Bodo Platt

... und im Winter.

Gefährliche Briefmarken

Daß selbst normale Postwertzeichen zu Propagandazwecken gebraucht werden können, bewies bereits der Zweite Weltkrieg. Die deutsche Seite ließ von speziellen KZ-Häftlingen auf der berühmten britischen Krönungs-Sondermarke den Kopf der Königin mit dem Stalins vertauschen nebst dem Zusatz „Das ist ein jüdischer Krieg“. Die Engländer ihrerseits waren dabei die Fleißigsten und brachten u.a. eine eigene Himmler-Briefmarke in Umlauf mit dem Ziel, die Rivalitäten und das Mißtrauen zwischen Hitler und ihm zu verschärfen. Von der damaligen so-

weil solche frankierten Postsendungen nur selten von der Zensur kontrolliert wurden.

Der sonst so seriöse Michel-Briefmarkenkatalog irrt, wenn er jener Organisation auch die folgenden Fälschungen zuschreibt. In Wahrheit stammen sie von der Gruppe um die antikommunistische Satire-Zeitung „Tarantel“. Sie veränderte das Propaganda-Wertzeichen von der Stalinallee in Menschenmassen mit dem Transparent „Freiheit“. Ein anderes mit der Abbildung eines sozialistischen

sowjetischen Geheimdienst eine Freude bereiten: Bei der bundesdeutschen Postwertzeichen-Serie „Berühmte Deutsche“ vertauschte sie den abgebildeten Kopf von Gotthold Ephraim Lessing mit dem des Sowjetagenten, um damit ebenfalls ihre Propaganda im Westen Deutschlands zu frankieren.

Wie aus Stasi-Kreisen zu hören ist, wollten „die sowjetischen Freunde“ indes ihren Spionageerfolg auf keinen Fall groß herausstellen. Sie waren vielmehr sogar an einer Vertuschung interessiert. Angesichts ihrer eigenen wirtschaftlich mißlichen Lage war ihnen ein Verstärken des Handels mit der „kapitalistischen“



KgU-Fälschung.



Nachgedruckte DDR-Dienstmarken.



Von der „Tarantel“ gefälschtes Motiv.



Stalinallee wurde zur „Straße des 17. Juni“



MfS-Fälschung: KGB-Spion Heinz Felfe.

Quellen: Archiv Schlomann

Bundesrepublik wesentlich wichtiger. So kam jene Briefmarke nie zur Auslieferung.

Man schätzt indes, daß bei irgendeinem ehemaligen Stasi-Offizier noch rund 20 Exemplare existieren – es sind die teuersten Postwertzeichen der DDR –, die er eines Tages auf internationalen Briefmarken-Versteigerungen verkaufen und so seinen Lebensabend finanziell versüßen wird. Dabei war jenes Stasi-Produkt letztlich stümperhaft fabriziert: Denn während die echte bundesdeutsche Briefmarke einen hellen Hintergrund aufweist, war er bei der gefälschten Stasi-Ausgabe, geradezu symbolisch, dunkel und wäre von den westdeutschen Postbeamten beim Abstempeln gewiß schnell entdeckt worden.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

wjetischen Propaganda ist lediglich eine Postkarte mit eingedruckter Hindenburg-Marke und Slogans gegen Hitler bekannt. Die Amerikaner wiederum verfälschten die Dauerserie mit dem Kopf des „Führers“ in einen Totenkopf und veränderten die Inschrift „Deutsches Reich“ in „Futsches Reich“.

Nur drei Jahre nach Kriegsende begann in der DDR der Kalte Krieg. Von den freiheitlichen Organisationen in West-Berlin, die einer erneuten deutschen Diktatur Widerstand entgegensetzten, verbreitete die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) die üblichen Briefmarken mit dem DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck nunmehr mit Strick um den Hals, und statt der Inschrift „Deutsche Demokratische Republik“ las man „Undeutsche Undemokratische Diktatur“. Mit diesen Postwertzeichen verschickte die KgU ihre Flugschriften. Eine andere Art war das Nachdrucken der DDR-Dienstmarken,

Arbeiter-Kollektivs trug nunmehr den Zusatz „Arbeite langsam in der Undeutschen Undemokratischen Republik“. Ein weiteres wies Walter Ulbricht den Weg nach Moskau.

Die Auflage all dieser Briefmarken ist unbekannt, ebenso wie die Zahl, die der Stasi-Zensur zum Opfer fielen. Als die wohl nicht selten wirklichkeitsfremde West-Berliner Justiz schließlich die Herausgeber aufgespürt hatte und sie zur weiteren Untersuchung vorlud, konnten diese sich nur mit dem Hinweis auf jenen „Briefmarken-Krieg“ 1939 bis 1945 vor einer Anklage retten...

Als 1961 im westdeutschen Bundesnachrichtendienst der KGB-Spion Heinz Felfe überführt wurde, wollte die Fälschungsabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit zum einen die Erschütterung in der Bundesrepublik ausnutzen und zum anderen ihren Genossen vom

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Erbarungslos

Aus dem Zeitzeugenbericht von Franz L. aus Cottbus (geboren 1894), der das NKWD-Lager Tost überlebte.

Cottbus wurde am 15. Februar 1945 „in Schutt und Asche gelegt.“ Franz L. und seine Familie waren jetzt obdachlos. Seine Frau wurde evakuiert in Richtung Westen, während er zum Volkssturm eingeteilt war. Die Lage wurde immer hoffnungsloser, die „Russen“ antepor-tas. Kurz vor Ende versuchte er sich noch zu retten. Zu spät! Schon war er „Uri“, Stiefel, Brille und alles einigermaßen Wertvolle los samt der Freiheit. Kurzfristig gelang es ihm noch zu flüchten, jedoch eben nur kurz. Für fünf Jahre war die Freiheit dahin. Seinen ältesten Sohn wählte er in Frankreich, den jüngsten in Rußland, er jetzt im GPU-Knast. Er wurde verhört und bekam dabei immer wieder einen Gummiknüppel ins Gesicht. Das Blut lief in Strömen, Zähne ausgeschlagen, Unterkiefer gebrochen. Schließlich unterschrieb er das ihm unverständliche russische Protokoll. Dann erschienen noch polnische Milizen, die ihn zur Hinrichtung abholten – einer Scheinhinrichtung. Mit ihm waren 141 Cottbusser verhaftet, u.a. Oberbürgermeister Franz von Baselli, der Cottbus noch vor der endgültigen Zerstörung rettete gegen den Befehl der Wehrmacht, indem er die Stadt kampfflos übergab. Nun schleppten sie sich auf einem 3-Dreitägesmarsch nach Bautzen ins „Gelbe Elend“.

Nach vier Wochen Aufenthalt unter viel Prügel, wenig Verpflegung und vielen

Sterbefällen ging es eines heißen Julitages mit etwa 1000 Mann [Anmerkung: Zu diesem zweiten Transport gehörten 1312 Personen.] zum Bahnhof Rattwitz zur Verladung, immer 55 Mann in einem Viehwaggon. Ein Loch im Boden diente als Abort. Die Sonne war erbarmungslos – die Bewacher auch. Kein Wasser, kein Essen, dafür nachts unerklärliche Stopps. Verstorbene stapelte man an der Tür, das gab ein wenig mehr Raum für die Lebenden. Einmal hielt der Zug auf freier Strecke, so daß die Toten am Bahndamm verscharrt werden konnten. Nach sechs Tagen endete die Fahrt in Groß-Strehlitz. Jetzt hieß es wieder marschieren – 20 km in das „Todes-KZ“ von Tost, wie es Franz L. bezeichnet. Eingesperrt in einem Raum mit über 500 Mann, konnte man nur in Hockstellung sitzen, Hinlegen war unmöglich. In einer Ecke stand eine Tonne, der Abort. Aber nur wer in unmittelbarer Nähe saß, konnte diese benutzen.

„Wir mußten die uns zur Verfügung stehenden leeren Konservendbüchsen benutzen, die gleichzeitig zum Essensempfang dienten. Nach Gebrauch wurden die Büchsen von Mann zu Mann weitergereicht, der letzte schüttete den Kot zum Fenster hinaus. Mit dem eigenen Urin wurde die Büchse ausgewaschen. Nach 14 Tagen war der Raum schon leerer, täglich wurden Verstorbene rausgetragen. Oft lag man die ganze Nacht neben einem Toten. Wir lagen auf Zementböden, ohne Unterlage, ohne Decke.“

Um dem Stumpfsinn zu entkommen, meldete sich Franz L. zur Arbeit. „Am ersten Tag wurden wir in Marsch gesetzt, zwölf Kilometer zu einem Weizenacker. Das Getreide war gemäht und stand in Puppen auf dem Feld. Jeder mußte fünf Garben zusammenbinden, das Bund auf die Schulter packen und den Rückmarsch antreten. Wieder zwölf Kilometer. Für viele war es unmöglich. Gerichts- und Studierente z.B. schafften es nicht. Die Russen sprangen von einem zum anderen und hieben mit Knüppeln dazwischen.“ – Sein

Freund aus Cottbus wurde hier erschlagen.

„Dann fingen die Russen z.B. Mäuse, packten sie am Schwanz, dann wurde ein Mann herangeholt und ihm wurde die zappelnde, quiekende Maus vor den Mund gehalten, er sollte sie lebend fressen. Der erste tat es nicht, schüttelte sich vor Ekel. Schon sauste ein armdicker Eichenknüppel auf seinen Schädel, daß das Hirn herumspritzte. Der nächste fraß die Maus. [...]

Wie so oft kreisten die Schnapsflaschen. In solchen Augenblicken wurde es gefährlich. Wir waren beim Kartoffelabladen. Am Eingang des Hofes war ein großes schmiedeeisernes Tor. Die Breite beider Flügel betrug mindestens sechs Meter. Da kam ein Russe mit einem Pferdegespann zum Tor hinein, blieb mit der Achse am Torflügel hängen. Ein Flügel war verbogen. Sofort liefen alle Russen zusammen und unter Lachen und Gegröle wurde beraten, wie man den Flügel wieder zurechtbiegen könnte. Eine Kolonne von 20 Gefangenen wurde herangetrieben, einer mußte sich an die Wand stellen, und über dessen Brustkorb sollte nun der Torflügel gedrückt werden. Die Kameraden taten, als drückten sie, aber es wurde nur so getan. Schon kamen die Russen mit Knüppeln und hieben rücksichtslos auf die Köpfe. Die Folge war, drei Mann lagen erschlagen am Boden, und einer war an der Wand zerquetscht. Das Experiment wurde noch dreimal durchgeführt, Zum Schluß blieben zehn Mann auf der Strecke, sechs erschlagen, vier zerquetscht. Wer noch röchelte, bekam einen Hieb auf den Kopf.“

Ein weiterer Vorfall: „Der Iwan war wieder mal besoffen. Ein alter, 70jähriger Klempner hatte einen Beutel mit Pellkartoffeln aus der Küche für seine hungernden Kameraden requiriert. Iwan fand die Kartoffeln, glaubte dem Klempner nicht, daß er sie selber essen wolle. Nun sollte er essen, essen, essen. Es ging nicht mehr. Da nahm der Iwan eine Kartoffel nach der anderen und stopfte sie dem alten Mann in den Mund, der nicht mehr schlucken konnte. Schließlich stieß Iwan dem Mann die Kartoffeln mit einem Besenstiel in den Mund weit in den Körper hinein. Der Mann starb.“

Dezember 1945: Auf dem Weg zu einem weiteren Transport wurde Franz L. ein Zettel mit der Adresse der Frau eines



Rückseite „Lager Tost“ (Aufnahme 2013).

Verstorbenen zum Verhängnis. Beim Filzen knisterte das eingenähte Papier. „Ha, Spion“, hieß es, und schon wurde er zu Boden geknüppelt. Ihn rettete das „dawai“ – Abmarsch. Es ging zum Bahnhof und er beschloß, daß es, wo auch immer es hingehen sollte, schlimmer als im „Todes-KZ“ von Tost nicht kommen könne. Dieses Mal mußte keiner schwitzen, es war kalter Winter. Nach acht Tagen landete der Transport in Graudenz/Westpreußen.

Franz L. überlebte auch Graudenz, Fünfeichen und Buchenwald und floh kurz vor dem Mauerbau im August 1961 nach Westen. Dort schrieb er diesen Bericht.

Die nächste Fahrt nach Tost und dortige Gedenkfeier finden am 25. Mai 2019 statt.

Anmeldung bei: Sybille Krägel, NKWD-Lager Tost/Oberschlesien, Krefelder Weg 14, 22419 Hamburg, Tel. (040) 53 32 05 99, E-Mail sybkraegel@aol.com



Foto: H. Morales-Zimmermann

Ein ehemaliger Schlafraum. 1945 waren die Fenster mit brauner Farbe zugestrichen (Aufnahme 2017).

Spätfolgen von DDR-Staatsdoping

(Istu/mv) Mit weit über 1000 Betroffenen im Land, die unter erheblichen gesundheitlichen Spätfolgen von DDR-Zwangsdoping leiden, rechnet Anne Drescher, die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg Vorpommern. „Die Schwere der Erkrankungen, die Komplexität der Schäden und das Leid der Geschädigten, die zu uns in die Beratung kommen, sind erschütternd“, betonte sie auf ihrer Jahrespressekonferenz im Februar 2018.

„Mit Blick auf die Antragsfrist des Dopingopfer-Hilfegesetzes zum Jahresende 2018 und der besonderen Problematik der Fälle ist diese Beratung eine große Herausforderung. Dringend erforderlich ist eine befristete zusätzliche Beraterstelle für die Doping-Betroffenen.“ Mit großem Engagement wurden 1059 Menschen im Jahr 2017 beraten und begleitet. Die Übernahme zusätzlicher Aufgaben sei

daher nicht möglich. „Lange Wartezeiten auf einen Beratungstermin und Abstriche in der Qualität der Beratung wollen und können wir Menschen nicht zumuten, die in der DDR politisch verfolgt wurden, die Leid und Unrecht erlebt haben.“ Verschärfen würde sich der Zeitdruck durch das planmäßige Auslaufen der Rehabilitierungsgesetze Ende 2019. Auch die Konferenz der Landesbeauftragten setzt sich deshalb für eine Entfristung dieser Gesetze ein.

Die Aufgabenfelder Beratung und politisch-historische Aufarbeitung würden sich in der Behörde idealerweise ergänzen: „Die Grundlagen für unsere Beratung müssen wir uns oft erst selbst erarbeiten. Aus unseren Forschungen entstehen Publikationen, die als erster Leitfaden für Betroffene, Berater, Therapeuten und Interessierte dienen. Die Erfahrungen der Zeitzeugen sind häufig

Anstoß und eine wichtige Quelle für die Forschung. Das war bei den ehemaligen Heimkindern mit der Einführung zur DDR-Heimerziehung so, bei den Doping-Geschädigten mit dem aktuellen Buch zum Staatsdoping und demnächst mit einer Studie zu psychiatrischen und Behinderteneinrichtungen der DDR“, berichtete Anne Drescher. Der vorliegende Band der Landesbeauftragten „Staatsdoping in der DDR“ versammelt Aufsätze von ausgewiesenen Experten zu den Mechanismen und zu gesundheitlichen Langzeitfolgen des Dopings sowie zum Stand der Aufarbeitung der DDR-Doping-Praxis in den ehemaligen Nordbezirken.

Mit Abendveranstaltungen und anschließenden Beratungstagen in den wichtigsten ehemaligen Leistungssportstätten der Nordbezirke informierte die Landesbeauftragte in Kooperation mit dem Verein Doping-Opfer-Hilfe e.V. die Öffentlichkeit über die Erkenntnisse zum Staatsdoping und machte den Betroffenen Beratungsangebote.

Gratulation für Ben Wagin

(stbm) Die Stiftung Berliner Mauer hat dem Aktionskünstler und Schöpfer des Mauer-Gedenkortes „Parlament der Bäume“, Ben Wagin, zum 88. Geburtstag gratuliert, den er im März gefeiert hat. Auf Initiative Ben Wagins entstand das „Parlament der Bäume“ seit 1990 am östlichen Spreeufer gegenüber dem Reichstagsgebäude. Mit seinem Verein „Baumpaten“ pflanzte Wagin Bäume auf dem ehemaligen Grenzstreifen, wo ein großes Teilstück der Hinterlandmauer erhalten war. Die verbliebenen Mauerstücke gestaltete Wagin mit anderen Künstlern zu einem Erinnerungsort für die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze um. Wegen der Errichtung der Bundes-

tagsbauten am Spreebogen mußte das Gedenkareal Ende der 1990er Jahre verkleinert werden. Ein Teil der originalen, von Wagin gestalteten Mauersegmente wurde im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus untergebracht. Sie dienen heute als öffentlich zugängliches Mauer-Mahnmal des Deutschen Bundestages.

Der Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Prof. Dr. Axel Klausmeier, betonte bei der Gratulation: „Seinem Engagement ist es zu verdanken, daß an diesem symbolträchtigen Ort, in Sichtweite unseres Parlaments, heute an die Opfer der deutschen Teilung erinnert wird. Daß dieser Ort seit November 2017 endlich unter

Denkmalschutz steht, ist ein Meilenstein – und auch eine wunderbare Würdigung für die künstlerische Arbeit Ben Wagins, dem die Stiftung Berliner Mauer seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden ist. Ich wünsche ihm und uns allen, daß er Berlin noch lange mit seinem kritischen Geist und seinem künstlerischen Ideenschatz bereichern wird.“

Das „Parlament der Bäume“ und das Mauer-Mahnmal des Deutschen Bundestages sind Teil des „Gesamtkonzepts zur Erinnerung an die Berliner Mauer“, das der Berliner Senat in Abstimmung mit dem Bund im Jahr 2006 aufgelegt hat und zu dem auch die Gedenkstätte Berliner Mauer, die Gedenkstätte Günter Litfin (Wachturm am Kieler Eck) sowie die East Side Gallery gehören.

Neue Sammlungsräume in Sachsenhausen

Am 25. Februar 2018 erfolgte die feierliche Eröffnung der neuen Sammlungsräume von Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. In einem großen Gebäude des ehemaligen Bauhofes des Lagers fanden nach zweijährigen Umbauarbeiten rund 35 000 Archivalien ihren gesicherten, geordneten, klimatisierten Platz.

Zunächst begrüßte Prof. Dr. Morsch die etwa 120 Gäste in der ehemaligen



Gemäldekopie für den Lagerkommandanten Alexej Kostjuchin.

Häftlingswäscherei im Lagerdreieck. Grußworte eines Vertreters des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, des Botschafters von Polen, des Sohnes von Harry Naujocks (Funktionshäftling im KZ Sachsenhausen) und unseres Ehrenmitglieds Reinhard Wolff (1946 bis 1948 im Speziallager interniert) schlossen sich an.

Anschließend konnten wir Gäste die neuen Depoträume besichtigen. Mitarbeiter der Gedenkstätte standen für Fragen bereit.

Mein persönliches Fazit: Die modernen Sammlungsräume genügen auch künftigen Ansprüchen. Sie bieten viel Platz, zumal derzeit (noch?) Relikte aus Beständen der Mahn- und Gedenkstätte der DDR aufgehoben werden, die wohl kaum im direkten Zusammenhang mit der Historie des Lagers stehen, zum Beispiel 1930 bzw. 1932 entstandene Gra-

phiken von Hans Grundig (der erst 1940 im KZ Sachsenhausen interniert wurde), Schreib- und Audiotechnik (bis hin zum Plattenspieler) der DDR-Zeit, aus eben dieser Zeit Darstellungen diverser Kommunisten als Büsten und auf Medaillen.

Vor etwa fünfzehn Jahren sagte der Bürgerrechtler D. sinngemäß von einem der Gemälde (s. Abb.) aus dem Besitz des Speziallager-Kommandanten Alexej Kostjuchin: Nahe des vulgärmaterialistischen Miefs des Kommandantenhauses verreckten Unschuldige – durch Hunger, Krankheiten, Gewaltanwendungen und Isolation unmenschlich gequält – zu Tausenden. Kostjuchin ergötzte sich derweil an Sekt, Schalentieren und anderen Delikatessen. Die von Häftlingen gefertigten Kopien von Gemälden zählen zu den wichtigen Zeitdokumenten.

Reinhard Klaus

Zersetzung – eine Ausstellung

(STK) Vom 21. März bis zum 6. April 2018 war die Ausstellung „Zersetzung – Repressionsmethode des Staatssicherheitsdienstes“ in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern in Berlin zu sehen. Das jüngste Projekt des Vereins Denkstätte Teehaus Trebbow e.V. wurde im Rahmen einer Ausstellungseröffnung erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Anhand von Zeitzeugenaussagen, Dokumenten und Recherchen der Politikwissenschaftlerin Dr. Sandra Pingel-Schliemann wurde auf zehn Schautafeln und an drei Lesestationen der skrupellose Umgang des Staatsapparates der ehemaligen DDR mit den persönlichen Lebensschicksalen der ins Visier geratenen tatsächlichen und vermeintlichen Oppositionellen thematisiert.

Die Bevollmächtigte des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund, Staatssekretärin Bettina Martin, betonte zur Ausstellungseröffnung, daß es notwendig sei, auch zukünftig Beratungs- und Hilfsangebote für Betroffene von DDR-Unrecht vorzuhalten: „Die weitgehend konstanten Fallzahlen für Erstberatungen machen deutlich, daß gerade Opfer von psychischer Gewalt oft erst mit großem zeitlichem Abstand den Schritt zu einer Aufarbeitung der erlittenen Verletzungen in der eigenen Biographie gehen können

und wollen. Deshalb ist es wichtig, die Antragsfrist für Entschädigungsleistungen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen nicht wie ursprünglich vorgesehen zum Jahresende 2019 enden zu lassen. Der Bundesrat hat hierzu unter anderem auf Antrag von Mecklenburg-Vorpommern erst Anfang Februar eine entsprechende Entschließung gefaßt. Es ist nun an der neu gebildeten Bundesregierung, die notwendigen Schritte einzuleiten.“

Im Rahmen der Ausstellungseröffnung sprach NDR-Journalistin Siv Stippekoehl mit Ulrike Poppe (Operativer Vorgang „Zirkel“), Markus Meckel (Operativer Vorgang „Wanderer“) und Stephan Krawczyk (Operativer Vorgang „Sinus“). Die geschilderten Erfahrungen machten deutlich, wie tief die Staatssicherheit in den Alltag und höchstpersönlichen Lebensbereich der von Zersetzungsmaßnahmen Betroffenen eindrang.

Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, und Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Politikwissenschaftlerin und Kuratorin der Ausstellung, erklärten, daß Opfer von Zersetzungsmaßnahmen es häufig in der Praxis schwer hätten, erlittene Nachteile gerichtsfest vorzutragen, und sahen weiteren gesetzgebe-

rischen Handlungsbedarf. Deshalb sei es besonders wichtig, mit Ausstellungen, Gesprächsrunden und zeitgeschichtlicher Bildungsarbeit den Opfern von damals die Gewißheit zu geben, daß der systematische Einsatz von Zersetzungsmaßnahmen durch die Staatssicherheit breit bekannt und als Unrecht gesellschaftlich anerkannt ist.

Zu den mit Biographien Portraitierten der Ausstellung gehören auch die Neubrandenburgerin Karin Schernau und der Schweriner Sozialdiakon Claus Wergin. Karin Schernau hatte sich auf einer Auslandsreise in einen westdeutschen Mann verliebt. Mit dem Ausreis Antrag im Jahr 1973 begannen die Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit gegen die junge Frau bis hin zum Entzug ihres Kindes. Der Schweriner Sozialdiakon Claus Wergin geriet aufgrund seiner kirchlichen Jugendarbeit in das Visier der Staatsorgane. Die teilnehmenden Jugendlichen wurden in der Folge offen observiert, Wergin selbst sah sich Gerüchten über Alkoholmißbrauch ausgesetzt, die nicht ohne Folgen blieben.

Gefördert wurde die Ausstellung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und die Ehrenamtsstiftung MV. 

„Überholen ohne einzuholen“

Wirtschaft, Arbeit und Soziales in der SBZ/DDR

**29. Bautzen-Forum
vom 24. bis 25. Mai 2018
Bautzen, Bautzener Brauhaus,
Thomas-Mann-Str. 7**

Donnerstag, 24. Mai 2018

10.00 Uhr: Eröffnung und Grußworte
Matthias Eisel, Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen, Alexander Latotzky,
Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V.,
Hanka Kliese, Mitglied des Sächsischen
Landtages, SPD-Fraktion, Alexander
Ahrens, Oberbürgermeister der Stadt
Bautzen

Einführung in die vor Ort gezeigte Aus-
stellung „Das Kaßberg-Gefängnis und
seine Gesichter“

Steffi Lehmann, Gedenkort Kaßberg-Ge-
fängnis Chemnitz

11.00 Uhr: Wirtschaft in der DDR – Pha-
sen, Probleme, Mythen, Ergebnisse, Vor-
trag und Diskussion

Prof. Dr. André Steiner, Zentrum für Zeit-
historische Forschung Potsdam

12.15 Uhr: Mittagessen

13.30 Uhr: Die DDR ein Sozialstaat? An-
spruch und Wirklichkeit unter den Vorzei-
chen einer Diktatur, Podium

Dr. Wolfgang Thierse, Bundestagspräsi-
dent a.D., Dr. Maria Nooke, Beauftragte
des Landes Brandenburg zur Aufarbei-
tung der Folgen der kommunistischen
Diktatur, Prof. Dr. Rainer Eckert, Histo-
riker, Berlin, Markus Schlimbach, Vorsit-
zender des DGB-Bezirks Sachsen, Mo-
deration Michael Naumann, Journalist,
Mitteldeutscher Rundfunk

15.30 Uhr: Kaffeepause

16.00 Uhr: Arbeiter in der DDR – die
führende Klasse? Vortrag und Diskussion

Prof. Dr. Christoph Kleßmann, ehem. Di-
rektor des Zentrums für Zeithistorische
Forschung Potsdam

16.45 Uhr: Bodenreform, Kollektivie-
rung, Industrialisierung. Die SED-Politik
auf dem Lande, Vortrag und Diskussion
Dr. Jens Schöne, Stellvertreter des Beauf-
tragten zur Aufarbeitung der SED-Dikta-
tur in Berlin

17.30 Uhr: Ende des ersten Forumstages

18.00 Uhr: Einladung zum Imbiß und
zur gemeinsamen Sonderveranstaltung
mit der Gedenkstätte Bautzen, Weigang-
str. 8a

19.00 Uhr: Ausstellungseröffnung „Voll
der Osten. Leben in der DDR“

Harald Hauswald, Photograph, Dr. Stefan
Wolle, Textautor der Ausstellung, Silke
Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

Freitag, 25. Mai 2018

9.00 Uhr: Leben in der DDR – Versor-
gung, Mangel, Privilegien und der perma-
nente Blick nach Westen, Podium

Dr. Kerstin Langwagen, Zeitgeschicht-
liches Forum Leipzig, Marit Krätzer, Lei-
terin Außenstelle Halle des Bundesbeauf-
tragten für die Stasi-Unterlagen der DDR,
Dr. Stefan Wolle, Wissenschaftlicher
Leiter des Berliner DDR-Museums, Karl-
Heinz Baum, DDR-Korrespondent der
Frankfurter Rundschau 1977–1990 in
Ostberlin, Moderation Antonie Rietzschel,
Journalistin, Süddeutsche Zeitung

10.30 Uhr: Kaffeepause

11.00 Uhr: Wirtschaftsfaktor Knast –
DDR-Häftlingsarbeit für IKEA, Quelle und
Co und der organisierte Häftlingsverkauf
als Devisenbringer, Podium

Sigrid Grünwald, Politische Gefan-
gene in Bautzen II, 1982 freige-
kauft, Gabriele Zimnak, Politische
Gefangene in Ho-
heneck und Baut-
zen II, 1986 frei-
gekauft, Dr. Jan
Philipp Wölbern,
Autor des Buches
„Der Häftlings-
freikauf aus der
DDR 1962/63 –
1989. Zwischen
Menschenhandel
und humanitären
Aktionen“, Dr. Tobias
Wunschik, Autor des
Buches „Knastwa-
re für den Klassen-
feind. Häftlingsar-
beit in der DDR,
der Ost-Westhandel
und die Staatssiche-
rheit“, Moderation
Silke Klewin, Lei-
terin der Gedenk-
stätte Bautzen

13.00 Uhr: Ende des Forums

Die Teilnahme am 29. Bautzen-Forum
ist kostenfrei. Die Aufwendungen für
Mittagessen, Imbiß und Getränke im
Rahmen der beiden Veranstaltungstage
trägt die Friedrich-Ebert-Stiftung. Reise-
und Übernachtungskosten können leider
nicht erstattet werden.

Wir bitten um eine verbindliche Anmel-
dung bis zum 22. Mai 2018: Friedrich-
Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen,
Burgstr. 25, 04109 Leipzig, Tel. (03 41)
960 24 31, Fax (03 41) 960 50 91, E-Mail
Sachsen@fes.de

Hinweis des Bautzen-Komitees

*Andacht und ökumenischer Gottesdienst
für die Opfer der SED-Herrschaft: Mitt-
woch, 23. Mai 2018, 16.30 Uhr, Gedenk-
kapelle auf dem Gräberfeld am Karnickel-
berg in Bautzen*



Todesfälle sollen untersucht werden

Der Verein „Kindergefängnis Bad
Freienwalde“ spricht sich für eine Un-
tersuchungskommission des Landes
Brandenburg zur Klärung der Todes-
fälle von Kindern und Jugendlichen im
ehemaligen DDR-Durchgangsheim aus.
Ein entsprechendes Gesuch richtete
der Vereinsvorsitzende Roland Herr-
mann am 22. März bei einem Treffen

von DDR-Opferverbänden in der Bran-
denburger Staatskanzlei an Minister-
präsident Dietmar Woidke. Herrmann
übergab dazu eine Nachbildung des
Grabsteines von Egon Hönicke, der im
Jahr 1971 im Alter von 15 Jahren nach
nur zwei Tagen in Arresthaft und bis
heute ungeklärten Umständen zu Tode
kam. Neben Hönicke sind dem Aufar-

beitungsverein mindestens zwei weitere
Todesfälle bekannt.

„Bis heute sind die Umstände vollkom-
men ungeklärt. Waren es Morde oder
Selbstmorde? Kein Mensch stirbt ein-
fach so! Die Familien wissen bis heute
nicht, wie ihre Kinder zu Tode kamen.
Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die
Täter bis



heute nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Wenn ein Mensch stirbt, muß das aufgeklärt werden“, sagte Herrmann. „Wir plädieren dafür, daß das Land Brandenburg eine Untersuchungskommission einsetzt und den Tod von Kindern und Jugendlichen während ihrer Haft in Bad Freienwalde untersucht. Die Todesfälle von Egon Hönicke und den anderen dürfen nicht ungesühnt bleiben“, erklärte Herrmann in der Staatskanzlei.

Eine Vertreterin aus dem Wissenschaftsministerium regte auf dem Treffen an,

hierzu einen Forschungsauftrag beim Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) auszulösen. Der Verein will sich jetzt mit der aufarbeitungspolitischen Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion, Heide Schinowsky, treffen, um weitere Schritte zu beraten.

Wissensstand zu Egon Hönicke (17.11.1955 – 06.11.1971): Im Jahr 1971 hatte Egon gemeinsam mit einem Freund Blödsinn angestellt, wie es viele Jugendliche taten und auch heute noch tun. Daraufhin wurde er durch die Po-

lizei von zu Hause abgeholt und in das Kindergefängnis nach Bad Freienwalde gebracht. Wie jeder, der dort eingeliefert wurde, kam auch Egon für drei Tage in den Arrest – drei Tage Einzelhaft. Am zweiten Tag war Egon tot. Den Eltern wurde nicht gesagt, was passiert war. Die Polizei übernahm alles, was die Beerdigung anbetraf, bis hin zum Grabstein. Egon Hönicke wurde nur 15 Jahre alt.

Verein Kindergefängnis
Bad Freienwalde

Gedenken in Fünfeichen

5. Mai 2018

Gedenkveranstaltung in der Mensa der Hochschule Neubrandenburg, Brodaer Straße 2

- Einlaß ab 7.30 Uhr (ab 8.30 Uhr Imbißversorgung)
- 9.00 Uhr: Eröffnung und Begrüßung, Dr. Rita Lüdtkke
- Kulturprogramm: Der Volkschor Neubrandenburger singt u.a. Lieder aus dem Liederbuch des Lagerchors von Fünfeichen
- Filmvorführung: Präsentation des neu erstellten Films „Erinnerungsstücke“ aus dem Lager Fünfeichen
- Bericht zur Neuerrichtung des gestützten Kreuzes von Fünfeichen, Dr. Rita Lüdtkke

- Hinweise und Informationen
- Mittagessen ca. 11.30 Uhr

Gedenkveranstaltung in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen

- Ab 13.00 Uhr Kranzniederlegung mit musikalischer Begleitung (Musikschule Neubrandenburg) auf dem Gräberfeld der verstorbenen Kriegsgefangenen, Fläche zwischen Glockenturm und Denkmal
- Glockengeläut begleitet die Teilnehmer anschließend auf dem Weg zum südlichen Gräberfeld der verstorbenen Internierten des Speziallagers Nr. 9
- Musikalische Eröffnung: Schüler der Musikschule Neubrandenburg

- Begrüßung: Dr. Rita Lüdtkke
- Gedenkansprache: Beate Schlupp, Erste Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern
- Rezitationen: Schüler des Lessing-gymnasiums
- Musikstück: Schüler der Musikschule Neubrandenburg
- Ökumenische Andacht: Pfarrer Ewert von der katholischen und Pfarrer Albrecht von der evangelischen Kirche
- Kranzniederlegung mit musikalischer Begleitung (Schüler der Musikschule Neubrandenburg)
- Schlußwort: Dr. Rita Lüdtkke

Für das Wohltätigkeitskonzert in der Neubrandenburger Konzertkirche um 15.00 Uhr werden gesonderte Einladungen verschickt. 

Einladung nach Ketschendorf

Die Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf lädt ein zur 29. Gedenkveranstaltung Internierungslager Ketschendorf am 4. und 5. Mai 2018

Am Freitag, dem 4. Mai, gedenken wir um 16.00 Uhr auf dem Waldfriedhof in Halbe an den Namenstafeln der Toten des Internierungslagers. Für die Fahrt nach Halbe steht ein Bus zur Verfügung. Abfahrt: 14.30 Uhr ab Bahnhof Fürstenwalde.

Am Sonnabend, dem 5. Mai 2018:

11.00 Uhr ökumenischer Gottesdienst in der Martin-Luther-Kirche Fürstenwalde-Süd, Schillerstraße

Um 12.30 Uhr Fortsetzung der Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte in der

Reifenwerksiedlung, Platz des Gedenkens (An der Autobahn) mit dem Niederlegen von Blumengebinden und Gruß- und Gedenkworten

Das Internierungslager Ketschendorf wurde Ende April 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht in der Arbeitersiedlung der Deutschen Kabelwerke, der späteren Reifenwerksiedlung eingerichtet. Es war das erste und eines der schlimmsten Lager. Mehr als 10 000 Menschen im Alter von 12 bis 72 Jahren wurden hier interniert, von denen bis zur Auflösung des Lagers im Februar/März 1947 nach neuester Recherche 4722 ums Leben kamen.

Am 8. Mai 1990 fand die erste Gedenkveranstaltung in der Reifenwerksiedlung

statt. Mehr als 2000 Menschen kamen aus der Nähe und der Ferne, um der Opfer des Lagers zu gedenken und Freunde und Weggefährten der Lagerzeit zu treffen. Seither findet jährlich eine Gedenkveranstaltung statt.

Wir laden herzlich dazu ein und freuen uns auf Ihr Kommen.

Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED Diktatur.

Eckhard Fichtmüller

Weitere Informationen:

Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e.V., Frankfurter Str. 4, 15517 Fürstenwalde, Tel. (033 61) 30 78 73, E-Mail: ilaketschendorf@online.de 

Lern- und Erinnerungsort Keibelstraße

(SK) Auf Vorlage der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie hat der Berliner Senat am 27. Februar beschlossen, daß das ehemalige Polizeigefängnis Keibelstraße nicht nur als Lernort, sondern auch als Erinnerungsort ausgebaut und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Schon jetzt wird im ersten Obergeschoß des ehemaligen Polizeigefängnisses ein außerschulischer Lernort eingerichtet. Die Grundertüchtigung des Gebäudes durch die Verwalterin, die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM), ist weitgehend abgeschlossen. Darüber hinaus lief ein Interessenbekundungsverfahren, um einen Träger zum Betrieb des außerschulischen Lernorts zu finden, der das didaktische Konzept einer Ausstellung erarbeitet und umsetzen wird.

Die Inbetriebnahme des Lernorts ist in der zweiten Jahreshälfte 2018 geplant, so daß zeitgleich bis zu 30 Personen, in der Regel eine Lerngruppe, pädagogische Angebote vor Ort nutzen können. Das sollen Angebote sein, die der freie Träger entwickelt oder Angebote, die von anderen Einrichtungen bzw. Gedenkstätten der Stadt für diesen Ort entwickelt werden, oder Lernarrangements, die die begleitenden Lehrkräfte mit den Materialien vor Ort selbst anbieten wollen.

Über die Nutzung des ersten Obergeschosses als außerschulischer Lernort hinaus sieht ein überfraktioneller Antrag des Abgeordnetenhauses vor, daß der gesamte ehemalige Gefängnis-Komplex für die interessierte Öffentlichkeit als Erinnerungsort erschlossen werden soll.

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der UOKG,

nach mehreren Monaten des Verhandeln und der Ungewißheit steht nun eine neue Regierung. Wir haben uns den Koalitionsvertrag genau angeguckt und herausgearbeitet, ob die Betroffenen von SED-Unrecht überhaupt Beachtung finden.

Die Große Koalition wird die Fristen für die Unrechtsbereinigungsgesetze streichen. Darüber hinaus werden aber keine konkreten Zusagen gemacht, sondern nur allgemein die Weiterentwicklung der Rehabilitation der Opfer des SED-Unrechtsregimes und die gesellschaftliche Anerkennung in den Raum gestellt.

Wir tun alles uns Mögliche, daß die Bundesregierung ihren Versprechungen

nachkommt und werden unsere weitergehenden Forderungen selbstverständlich nicht aus den Augen verlieren. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung! Damit die UOKG ihre Arbeit fortführen kann, sind wir auf Ihre Spenden angewiesen. So muß die UOKG bei vielen Projekten Eigenbeteiligungen leisten, welche wir ohne Ihre Spenden nicht aufbringen könnten. Daher spreche ich im Namen der UOKG meinen besonderen Dank an alle aus, die uns bei unserer Arbeit unterstützt haben und unterstützen.

Ihr Dieter Dombrowski

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Westfalenstraße 26, 53859 Niederkassel. Bitte Adresse angeben!)

Bestätigung über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 8.10.2015 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

Suchanzeige

Aufruf Prager Frühling 1968

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam

Wir suchen Personen, die im Zusammenhang mit dem Prager Frühling im Jahr 1968 im Gefängnis Lindenstraße 54 in Potsdam inhaftiert waren und darüber berichten können und möchten.

Melden Sie sich bitte per Post bei: Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Amélie zu Eulenburg Wissenschaftliche Mitarbeiterin Lindenstraße 54 14467 Potsdam oder per E-Mail bei: eulenburg@gedenkstaette-lindenstrasse.de

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts _____ BIC _____

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
U O K G e. V.

IBAN
DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent _____

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers
S p e n d e G e r e c h t i g k e i t

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN _____

Art.-Nr.: 113 360 / 423 100

Schreibmaschine: normale Schreibweise | **Handschrift:** Blockschrift in GROßBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Datum _____ Unterschrift(en) _____

08

19. Chemnitzer Museumsnacht

Am 5. Mai 2018 findet die „19. Chemnitzer Museumsnacht“ statt, ab 18.00 Uhr auch im ehemaligen Kaßberg-Gefängnis (Kaßbergstraße 17 in 09112 Chemnitz).

Das Kaßberg-Gefängnis blickt auf eine lange, wechselvolle und leidbehaftete Geschichte zurück. Zunächst als Königlich-Sächsische Gefangenenanstalt erbaut, später als NS-Untersuchungs- und Strafgefängnis umgenutzt, wurde es schließlich zum Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes und zur Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit.

Seine historische Sonderstellung erhielt es als Drehscheibe für den Häftlingsfreikauf. Am 5. Mai 2018 können alle Interessierten das einstige Haftgebäude besichtigen und an Führungen mit Zeitzeugen sowie Gästebetreuern teilnehmen. Ab 18.00 Uhr ist der Zugang zum Gelände über den Gedenkort möglich. Die Besucher erwartet am historisch-authentischen Ort ein abwechslungsreiches Programm mit Führungen, Filmen und vielfältigen Ausstellungen. Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Zeitzeugen und freiwillige Helfer können sich gern melden, wenn Sie den Verein zur Museumsnacht unterstützen möchten: info@gedenkort-kassberg.de. Der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. freut sich auf Sie!

Steffi Lehmann

Bautzen-Treffen 2018

Wie in jedem Jahr, so findet 2018 am Vortag des Bautzen-Forums unsere Mitgliederversammlung statt.

Wir treffen uns am **23. Mai ab 12.30 Uhr** im Restaurant „Lusatia“, Löbauer Str. 26.

Alle Mitglieder sind herzlich dazu eingeladen. Gäste melden sich bitte vorher im Büro des Bautzen-Komitees an: Bautzen-Komitee e.V., Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen, Tel. (03591) 42521, Fax (03591) 318 99 29, E-Mail buer0@bautzen-komitee.de. Am Vormittag ist ein Besuch in der JVA möglich. Auch hierzu melden sich Interessenten bitte in unserem Büro, wo ihnen Uhrzeit und Konditionen genannt werden. Am Nachmittag findet um 16.30 Uhr in der Gedenkkapelle auf dem Karnickelberg ein ökumenischer Gottesdienst mit anschließender Kranzniederlegung statt.

Alexander Latotzky

Anerkennung und Hilfe in Brandenburg

(lakd)Die Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe für das Land Brandenburg hat vor knapp einem Jahr ihre Arbeit in Potsdam aufgenommen. Dorthin können sich Menschen wenden, die als Minderjährige in der Bundesrepublik bis 1975 und in der DDR bis 1990 in stationären Einrichtungen der

Psychiatrie und Behindertenhilfe Leid und Unrecht erfahren.

In der Bundesrepublik waren in der Zeit zwischen 1949 und 1975 ca. 116 100, in der DDR zwischen 1949 und 1990 rund 139 900 Mädchen und Jungen in stationären Einrichtungen der Psychiatrie und Behindertenhilfe. Für das Land Brandenburg wird von ca. 2000 Betroffenen ausgegangen.

Bisher haben sich 618 betroffene Männer und Frauen bei der Anlauf- und Beratungsstelle des Landes Brandenburg, die bei der Aufarbeitungsbeauftragten angebunden ist, angemeldet.

Anmeldeschluß für Hilfen ist der 31. Dezember 2019.

Abschied

Der Künstler Wilhelm Sprick ist am Morgen des 5. März 2018 im Alter von 90 Jahren in Sternberg/Mecklenburg-Vorpommern verstorben. In seinen autobiographischen Zeichnungen schilderte er den Haftalltag in Torgau, Sachsenhausen, Luckau und Bautzen.

Sprick wurde am 25. September 1945 vom NKWD verhaftet. Bei einem ersten Tribunal am 28. April 1946 konnten ihm keine strafbaren Handlungen nachgewiesen werden. Am 7. August 1946 wurde er in einem zweiten Tribunal wegen Beleidigung und Verleumdung Stalins zu einer hohen Haftstrafe verurteilt. Der Künstler wurde in Torgau, Sachsenhausen, Luckau und Bautzen inhaftiert. Im Zuchthaus Bautzen nahm Wilhelm Sprick am Aufstand der Gefangenen vom 31. März 1950 teil. Im Oktober 1950 wurde er aus der Haft entlassen. Sprick blieb zwar in der DDR, war aber aufgrund seiner Unbeugsamkeit künstlerisch und politisch ein Außenseiter.

2013 übernahm die Bundesstiftung Aufarbeitung mehr als 600 seiner Zeichnungen vom Haftalltag in SBZ und DDR in ihren Archivbestand. Wilhelm Spricks Zeichnungen werden sein Andenken und das der vielen politischen Gefangenen lebendig halten.

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Veranstaltungen

5.5. (Sa), 18.00-24.00 Uhr:
„Prager Frühling“ 1968 und die Stasi,
 Programm zur Museumsnacht; Veranstaltung d. Städtischen Kulturmanagements/Kulturbetrieb der Stadt Chemnitz u.a.; Ort: BStU Außenstelle Chemnitz, Jagdschenkenstr. 52, 09117 Chemnitz

5.5. (Sa), 18.00-24.00 Uhr:
Politische Justiz im Dienst der Partei. Wie der SED-Staat mit Andersdenkenden umging, Programm zur Museumsnacht; Veranstaltung d. Kulturamts Leipzig u.a.; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

5.5. (Sa), 18.00-24.00 Uhr:
„Kult und Diktatur!“, Programm zur Museumsnacht, Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

7.5. (Mo), 19.00 Uhr:
Am Rand der Welt. Die Mauerbrachen in West-Berlin in Bildern von Margret Nissen und Hans W. Mende, Buchvorstellung mit den Herausgebern Dr. Gerhard Sälter u. Dr. Manfred Wichmann sowie Autoren des Bildbandes; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

8.5. (Di), 18.00 Uhr:
Renaissance des Kommunismus? Zur Ideengeschichte der „Achtundsechziger“, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. im Rahmen der Reihe „Das doppelte 1968. Hoffnung – Aufbruch – Protest“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

12.5. (Sa), 16.00 Uhr:
„Die ewige Morgenröte“, Teil 2: „Das Leben ist kein Spiel“, Lesung mit Autor Jochen Stern, Schauspieler, Buchautor u. ehemaliger politischer Häftling in der Lindenstraße; Veranstaltung der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße u.a.; Ort: Gedenkstätte, Lindenstraße 54, 14467 Potsdam

13.5. (So), 10.00 Uhr:
„Auf dem Görden. Die Strafanstalt Brandenburg im Nationalsozialismus (1933-1945) und in der DDR (1949-1990)“, Dauerausstellung; Führungen und Gespräche mit den Ausstellungsmachern im Rahmen des Internationalen Museumstages; Ort: Anton-Saefkow-Allee 38, 14472 Brandenburg a.d. Havel

13.5. (So), 10.00-18.00 Uhr:
Internationaler Museumstag, Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

Verletzliche Menschenwürde

„Das Leben ist kein Spiel“, so nannte der Autor Jochen Stern den zweiten Teil seines Romans „Die ewige Morgenröte“. Stern hatte im ersten Teil „Tage des Erwachens“ auch vor eigenem biographischem Hintergrund das allmähliche Erlöschen der Hoffnung auf einen demokratischen Weg in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945 geschildert. Er widmet sich nun den jähren Lebensbrüchen, denen die jugendlichen Protagonisten aus Frankfurt (Oder) ausgesetzt waren, die gegen das ideologische Diktat von SED und sowjetischen Militärorganen opponierten und in die zerstörerische Maschinerie des NKWD-Repressionsapparates gerieten.

Unter dem Verdacht der Bildung einer Spionageorganisation nahm der NKWD 1947 in der Oderstadt Massenverhaftungen vor, die ein Klima von Angst, Ungeißheit und ständigem Bedrohtsein schufen. Im NKWD-Untersuchungsgefängnis Potsdam Lindenstraße erlitten die inhaftierten Jugendlichen schlimmste seelische und körperliche Torturen. Mittels eines auktorialen Erzählers läßt Jochen Stern den Leser unmittelbar und aufrüttelnd an den individuellen Leidenschicksalen teilhaben.

In den Verhören versuchte der NKWD, durch Folter Aussagen zu erpressen, Denunziationen zu erzwingen, Willen und Moral zu brechen. Trotz allem kräftezehrend um Selbstbehauptung kämpfend, erlebten die Jugendlichen dennoch wachsende Ohnmacht, den Verlust jedweden Zukunftsglaubens und den Zusammenbruch

der physischen und psychischen Existenz angesichts der erfahrenen Gewalt.

Ein Frankfurter Jugendlicher verlor während der Untersuchungshaft sein Leben, ein anderer beging im Gefühl der völligen Ausweglosigkeit einen Selbstmordversuch, mehrere verstarben, gezeichnet von Erschöpfung, später in der Haft an Tuberkulose.

1948 verurteilte das sowjetische Militärtribunal schließlich 27 Jugendliche der angeblichen Frankfurter Spionagegruppe zu langjährigen Haftstrafen und Zwangsarbeit. Die Todesstrafe war zum damaligen Zeitpunkt ausgesetzt. Jochen Stern selbst wurde bis 1954 im Zuchthaus Bautzen, dem "Gelben Elend", inhaftiert.

Mit diesem Roman gelingt es Jochen Stern, die Frankfurter Jugendlichen und ihr Verfolgungsschicksal im kollektiven Gedächtnis zu verankern. Indem er gleichzeitig über die menschenverachtenden Methoden einer Diktatur im Umgang mit Andersdenkenden aufklärt, versinnbildlicht der Roman die Verletzlichkeit der Menschenwürde und ist ein Appell zum Einstehen für Demokratie.

Carola Schulze



Jochen Stern: *Die ewige Morgenröte. Das Leben ist kein Spiel*, Burg Verlag 2017, 318 S., 12,50 €

Über die Kolyma

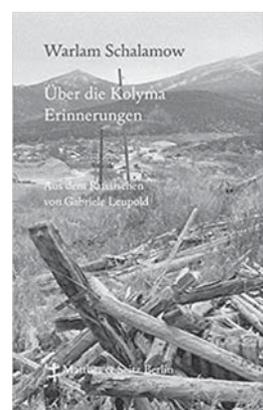
(VT) Das Buch versammelt autobiographische Texte des russischen Schriftstellers Warlam Schalamow. Anders als in seinem Hauptwerk, den Erzählungen aus Kolyma, schreibt er hier erkennbar und ohne Überhöhung ins Symbolische über sich selbst.

Soweit sein Gedächtnis es hergab oder er es für angebracht hielt, rekonstruierte Schalamow, was ihm in vierzehn Jahren Haft in den Lagern der Kolyma-Region (1937-1951) widerfahren war. Seinen eigenen Erlebnissen entnimmt er ein neues, erschreckendes Wissen über die Abgründe des Menschen, über „das Gesetz des Verfalls“ wie über „das Gesetz des Widerstands gegen den Verfall“.

Jahrzehnte später überprüft er dieses Wissen an sich selbst, befragt sein Gedächtnis.

Die hier erstmals übersetzten Texte lassen den Leser unmittelbar teilnehmen an dem, was Schalamow in den Lagern erlebte, und zeigt sein Ringen um Selbsterkenntnis.

Warlam Schalamow wurde 1907 im nordrussischen Wologda als Sohn eines orthodoxen Geistlichen geboren, studierte zunächst „Sowjetisches Recht“ in Moskau. Nach seiner Verhaftung wegen „konterrevolutionärer Agitation“ wurde er zu Lagerhaft im Ural verurteilt und in die Kolyma-Region um den gleichnamigen Fluß im Nordosten Sibiriens deportiert. 1956 kehrte er nach Moskau zurück, wo er 1982 starb.



Warlam Schalamow: *Über die Kolyma. Erinnerungen*, Verlag Matthes und Seitz, Berlin 2018, 288 S., 24,- €

Das sowjetische Jahrhundert

(VT) Der große Osteuropa-Historiker Karl Schlögel lädt mit seiner Archäologie des Kommunismus zu einer Neuvermessung der sowjetischen Welt ein. Wir wußten schon immer viel darüber, wie „das System“ funktioniert, weit weniger über die Routinen des Lebens in außergewöhnlichen Zeiten. Aber jedes Imperium hat seinen Klang, seinen Duft, seinen Rhythmus, der auch dann noch fortlebt, wenn das Reich aufgehört hat zu existieren.



Karl Schlögel sondiert das Terrain, die historischen Schichten in einem von Krieg, Revolution und Bürgerkrieg gezeichneten Land. Er läßt noch einmal die frühe sowjetische Moderne Revue passieren, die Schlachtfelder der Arbeit und der Verbrannten Erde. Er interessiert sich für Paraden der Macht ebenso sehr wie für die Rituale des Alltags, er erkundet die Weite des Eisenbahnlandes und

die Enge der Gemeinschaftswohnung, in der Generationen von Sowjetmenschen ihr Leben zubrachten.

Seine Archäologie legt soziale Orte frei, die einmal Überlebensorte im Alltag gewesen sind – die Moskauer Küche oder die Warteschlange mit der in ihr verausgabten Lebenszeit, der Kulturpark, die Datscha, die Ferien an der Roten Riviera. In allem – ob Mobiliar, Duft des Parfums, Verstummen des Glockenklangs oder die Stimme des Radiosprechers – hat das „Zeitalter der Extreme“ seine Spur hinterlassen.

„Karl Schlögel hat unseren Blick auf die osteuropäischen Länder gelenkt, lange bevor der Eisene Vorhang fiel. Er zeigt, daß sich analytische Distanz und gesellschaftspolitische Leidenschaft keinesfalls ausschließen müssen. Und weil er wissenschaftliche Genauigkeit mit feuilletonistischem Stil zu verbinden weiß, können seine Publikationen weit über das Fachpublikum hinaus Menschen erreichen und bewegen“, sagte der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck über den Autor.

.....
Karl Schlögel: *Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt*, C.H. Beck Verlag 2017, 912 S., 38,- €
.....

Die Verfolgung von Jehovas Zeugen

(VT) Die Verfolgung von Jehovas Zeugen in Deutschland begann 1933 und endete erst zum Ende der DDR – mit einer kurzen Unterbrechung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Nationalsozialisten warfen der Religionsgemeinschaft vor, jüdisch-kommunistische Ziele zu verfolgen, das SED-Regime bezeichnete sie als „faschistische Organisation“. Mindestens 500 Zeugen sind in irgendeiner Form unter beiden Diktaturen diskriminiert oder verfolgt worden. 325 von ihnen waren sowohl unter dem NS-Regime als auch in der DDR in Haft.

Autor Falk Bersch gibt mit dem vorliegenden Band einen Einblick in die Verfolgungsgeschichte von Jehovas Zeugen im Land Brandenburg und erzählt die Biographien von 13 Frauen und Männern, die nach ihrer Entlassung aus dem Konzentrationslager Ra-

vensbrück erneut Opfer von Verfolgung wurden.

In ihrem Vorwort betonte die Aufarbeitungsbeauftragte des Landes Brandenburg, Dr. Maria Nooke:

„Durch diese Publikation soll die Diskussion über Freiheitsrechte neue Impulse erfahren. Die hier vorgestellten Lebensläufe ermöglichen insbesondere jungen Menschen einen Zugang zum Verständnis der Differenzen zwischen Demokratie und diktatorischen Systemen. Eine Diktatur mißt sich nicht an der Zahl ihrer Opfer, sondern an der Verweigerung elementarer Freiheitsrechte ihrer Bürger.“



.....
Falk Bersch: *Aberkannt! Die Verfolgung von Jehovas Zeugen im Nationalsozialismus und in der SBZ/DDR*, Schriftenreihe der LAKd Brandenburg, Metropolverlag 2017, 337 Seiten, 19,- €
.....

Veranstaltungen

15.5. (Di), 18.00 Uhr:
„Heilende Wunden. Wege der Aufarbeitung politischer Traumatisierung in der DDR“, Autor u. Psychotherapeut Dr. Karl-Heinz Bomberg stellt sein Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

16.5. (Mi), 18.00 Uhr:
„Spione wie ihr!“ Groteskes und Kurioses in der geheimen Welt zwischen DDR und Polen 1970–1989, Buchvorstellung u. Diskussion, Mod. Detlef W. Stein, Leiter OEZB-Verlag, Veranstaltung des OEZ Berlin-Verlages u.a.; Ort: Ruschestr. 103, Haus 1, Raum 614, 10365 Berlin

17.5. (Do), 15.00 Uhr:
„Geheime Ablage“, Vortrag v. Dr. Karsten Jedlitschka, BStU, und Archivführung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder; Ort: BStU Außenstelle Frankfurt/Oder, Fürstenwalder Poststraße 87, 15234 Frankfurt/O.

19.5. (Sa), 12.00–19.00 Uhr:
Gruftis, Punks & Co. Alternative Jugend im Visier der Stasi, Tag der offenen Tür im Rahmen des „Wave-Gotik-Treffens“, Archipräsentation, Führungen, Numinosum „Schwarze Szene“ – Kurioses aus den Stasi-Akten, interaktive Präsentation, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

23.5. (Mi), 18.00 Uhr:
Zwangsadoption in der DDR, Vortrag und Podiumsdiskussion mit Andreas Laake u. Steffi Moritz, n.n.; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

24.5. (Do), 19.00 Uhr:
Wiedersehen in Lichtenberg. Über Neonazis und die Verharmlosung rechter Gewalt, Film und Gespräch über rechte Gewalt in der DDR und die Wurzeln der Radikalisierung, Mod. Nadja Klier; Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: Stasi-Zentrale, Campus für Demokratie, Haus 22, Ruschestr. 103, 10365 Berlin

25.5. (Fr), 18.00 Uhr:
„Ist das echt?“ Blick in besondere Dokumente, Angebot des Erfurter Stasi-Unterlagen-Archivs zur Langen Nacht der Museen, Archivführungen, Ausstellungen, 20.00 Uhr: Vortrag „Im Goldenen Käfig – DDR-Anwälte im politischen Prozeß“, Ref. Dr. Christian Booß, BStU; Veranstaltung d. Stadtverwaltung Erfurt u.a.; Ort:

Buchtip

Die Akte S In den Mühlen des MfS

Von Norbert Sachse

Lober-Verlag 2017,
268 S., 19,95 €



BStU Außenstelle Erfurt, Petersberg
Haus 19, 99084 Erfurt

29.5. (Di), 16.00–19.00 Uhr:

Geschichte lesen, Führung und Lesung, 17.00 Uhr: Lesung und Gespräch „Wandervereine“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: BStU Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

29.5. (Di), 18.00 Uhr:

„Sonntagskind. Erinnerung an Charlotte von Mahlsdorf“, Regisseurin Carmen Bärwaldt zeigt ihren Dokumentarfilm; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

29.5. (Di), 18.00 Uhr:

„Die Russen kommen“, DDR 1968, Filmvorführung im Rahmen der Reihe Zeitschnitt 2018; Veranstaltung d. LAKD Brandenburg u.a.; Ort: Kulturzentrum Das Haus, Kastanienallee 21, 14913 Niedergörsdorf, OT Altes Lager

30.5. (Mi), 18.00 Uhr:

Stalin und Georgien – gestern und heute, Vortrag v. Prof. Dr. Giorgi Maisuradze; Veranstaltung v. Sovlab Tbilisi u.a. im Rahmen der Reihe „Stalins langer Schatten. Zwei Vorträge über die Aufarbeitung der Sowjetgeschichte in Georgien“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.6. (Di), 16.30 Uhr:

Stasi-Akte Spezial. Freundschaftsspiel im Klassenkampf – FC Rot-Weiß Erfurt vs. Eintracht Braunschweig, Führung und Lesung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; Ort: BStU Außenstelle Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

5.6. (Di), 18.00 Uhr:

Gelenkter Protest? SED, Stasi und Studentenbewegung; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a. im Rahmen der Reihe „Das doppelte 1968. Hoffnung – Aufbruch – Protest“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Vorschau

13.6. (Mi), 18.30 Uhr:

Das Leiden der 2. Generation – Die Kinder politisch Verfolgter, Dokumentarfilm „Zeit ohne Eltern“ mit anschließender Podiumsdiskussion (Gast u.a. Regisseurin Celia Rothmund); Veranstaltung d. UOKG u.a.; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

Die Schwarzenberg-Legende

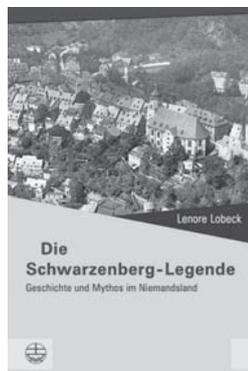
(VT) Schwarzenberg im Westerzgebirge wurde vor allem durch die Legende von der „Freien Republik Schwarzenberg“ bekannt. Nach Kriegsende 1945 blieb der Landkreis unbesetzt. Erst nach Wochen rückte die Rote Armee ein. Die Frage, was in dieser Zeit im scheinbaren Niemandsland wirklich geschah, bot Anlaß zu vielfältigen Spekulationen. Mythen entstanden. Bücher von Stefan Heym und Volker Braun verschafften den Ereignissen auch einen literarischen Resonanzraum.

Lenore Lobeck recherchierte in Archiven, sondierte Akten. Anhand von Dokumenten zeigte sie erstmals 2004 die Diskrepanz zwischen dem Mythos von der Enklave der Freiheit und der vor Ort erlebten repressiven Wirklichkeit. Die Autorin hat ihre Recherchen ausgeweitet und die Arbeit der Gemeinden im gesamten Landkreis, den Umgang mit Flüchtlingen und Verhaftungen in jener Zeit untersucht. Ein neues Kapitel bündelt diese Forschungsergebnisse. Neu sind auch die Passagen eines Experten, der Spekulationen, warum der Kreis unbesetzt blieb, aus militärhistorischer Perspektive kenntnisreich entzaubert. – Ein spannendes Buch, das mehr als nur Regionalgeschichte behandelt.

In seinem Vorwort unterstreicht der Sächsische Landesbeauftragte Lutz Rathenow:

„Die von Lenore Lobeck genau vorgenommene Rekonstruktion dieser Ereignisse macht deutlich, daß die Realität damals weit weniger freundlich war, als sie heute in den Medien oft dargestellt wird. Und

sie zeigt ebenso deutlich, daß ein Ausblenden oder Wegschieben der Problemlage nur zum Aufstauen selbiger führt, damals wie heute.“



Lenore Lobeck: *Die Schwarzenberg-Legende. Geschichte und Mythos im Niemandsland, Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten, 5. überarb. und erw. Aufl., Evangelische Verlagsanstalt 2018, 240 S., 10,- €*

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben

Fritz Schubert am 2. Mai, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Gisela Fritzsche am 6. Mai, Emil Kort am 10. Mai, Joachim Fischer am 12. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Gutermuth, Wolfgang Stieber, Leo Zwirschke am 22. Mai, Peter Schnurer am 26. Mai, Siegfried Jahnke, Günter Polster am 27. Mai, Manfred



Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Elmsorner Nachrichten...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Dominka, Christa Matuszewsky am 28. Mai, Ursula Palmer am 30. Mai, Harald Kothe am 31. Mai

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Klothilde Baier, Hanna Brandau-Jäkel, Volkmar Doberentz, Margarete Erdmann, Dr. Wolf Erler, Klaus-Peter Fritsch, Dr. Siegfried Fröhlich, Werner Grose, Gisela Großmann, Horst Gutmann, Grete Klemt, Ingeborg Kuhne, Peter Menzel, Gisela Meyer, Dr. Jürgen Miersch, Dietrich Nolte, Christa Ode, Dr. Bernd Palm, Volker Pilz, Walter Erhard Radestock, Eike Christine Radewahn, Adelheid Raschke, Helmut Rex, Herbert Rücker, Jürgen Salden, Barbara Simon, Horst-Hermann Süßmilch, Michael Teltz, Franz Töpfer, Helge Viereck, Christoph Wesselhöft, Vera Wilhelm, Karl Wruck

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Manches Bündnis ist gegenseitiges
Schulterklopfen bis es weh tut.
Alfred Oder

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 29. März 2018

